

**UA Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (3)**  
**Wortprotokoll**  
**9. Sitzung**

**Berlin, den 11.12.2006, 16:00 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**

**Sitzungssaal: PLH 2.800**

**Vorsitz: Dr. Peter Gauweiler, MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Bericht der Bundesregierung**  
**zur Lage der Christen und der christlichen Gemeinschaften in der Diaspora**

Eingeladene Sachverständige:

- Abtprimas Dr. **Notker Wolf**, Rom (Primatialabtei Sant' Anselmo)
- Prälat Dr. **Stephan Reimers**, Berlin (Bevollmächtigter des Rates der EKD)
- Prälat Dr. **Karl Jüsten**, Berlin (Kommissariat der deutschen Bischöfe)
- Oberkirchenrat Dr. **Volker Faigle**, Berlin (Theologischer Referent, Rat der EKD)
- Professor Dr. **Thomas Schirrmacher**, Bonn (Institut für Religionsfreiheit)
- Pater **Karl Hoffmann**, Berlin (vormaliger Generaloberer der Salvatorianer)
- Pastorin **Maren von der Heyde**, Hannover (Vertreterin des Auslandsbischofs der EKD, Bischof Martin Schindehütte)

**Der Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zur heutigen 9. Sitzung des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Wir setzen die Reihe unserer Anhörungen fort mit dem Bericht der Bundesregierung zur Lage der Christen und der christlichen Gemeinschaften in der Diaspora.

Wir haben uns in den letzten Beratungen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unter anderem mit dem Dialog mit dem Islam beschäftigt. Heute sind wir in gewisser Weise mit der „Hausarbeit“ befasst. Wir möchten Ihnen allen herzlich danken, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Zunächst danke ich Ihnen, hochwürdiger Abtprimas Dr. Notker Wolf, dem höchsten Repräsentanten aller Benediktiner, dass Sie aus Rom zu uns gekommen sind und heiÙe Sie im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen.

Ich begrüÙe Sie, Herr Dr. Karl Jüsten, als Leiter des Katholischen Büros hier in Berlin; Sie sind hier im Reichstagsgebäude bekannter als viele Bundestagsabgeordnete.

Ich begrüÙe Sie, Frau Pastorin Maren von der Heyde, als Vertreterin des Herrn Auslandsbischofs der EKD. Dieser ist ganz neu im Amt; wir haben uns alle über die gute und intensive Kontaktaufnahme gefreut, die schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit möglich war.

Ich heiÙe Herrn Professor Dr. Thomas Schirrmacher hier sehr herzlich willkommen und freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ich begrüÙe sehr Herrn Pater Karl Hoffmann, den früheren Generaloberen der Salvatorianer. Herzlich willkommen in unserer Mitte.

Ich freue mich, dass der VLR Martin Ney, Auswärtiges Amt (AA), unter uns ist, der uns kurz über den Stand der aktuellen Bemühungen der Bundesregierung berichtet und damit die Sitzung einleiten wird.

Statt eines Eingangsstatements erinnere ich gutem christlichen Brauch folgend an die Losung des heutigen Tages und an seinen Schutzheiligen. Für den heutigen 11. Dezember hat der Herrnhuter Losungskalender ein Wort des Propheten Jeremia ausgewählt, der für uns Parlamentarier als ein Arbeitsmotto über dem ganzen Jahr stehen könnte: *"Ich will wachen über mein Wort, dass ich's tue"*.

Im heiligen Kalender für heute habe ich den für unser Anhörungsthema interessantesten Heiligen gefunden, dessen Schutz unsere Anhörung empfohlen sein soll,

nämlich den Heiligen Martin Lumbreras Peralta. Dieser war Priester, Ordensmann, Jesuit und ein Märtyrer in Nagasaki.

Noch einmal herzlich willkommen und ich bitte Sie, Herr Ney, mit Ihrer Einleitung zu beginnen. Herr Nei ist stellvertretender Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes für globale Fragen, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Terrorismusbekämpfung.

**VLR Martin Ney (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr verehrte Abgeordnete, erlauben Sie mir, dass ich bei der von Ihnen gewünschten Unterrichtung über die Lage der Christen und christlichen Gemeinden in der Diaspora auf den Aspekt der Umsetzung der Menschenrechts- und Religionsfreiheit eingehe.

Vorausschicken möchte ich eine Bemerkung zu den Grundlagen des völkerrechtlichen Schutzes des Menschenrechts auf Religionsfreiheit. Dann die Frage der Umsetzung als Punkt 2 und drittens die Maßnahmen Erläuterung, die die Bundesregierung zum Schutz und zur Förderung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit ergreift. Also zunächst zu den Grundlagen.

Hierzu ist festzustellen, dass das Recht auf Religionsfreiheit erstmalig in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 verankert wurde, um dann später in den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1968 aufgenommen zu werden.

In Art. 18 heißt es dort – ich rufe das nur kurz in Erinnerung –: *„Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst oder Achtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.“*

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Anerkennung dieses universalen Menschenrechts ist die Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung, die 1981 von der Generalversammlung der UN verabschiedet wurde.

Allerdings ist hier zweierlei hervorzuheben. Zum einen konnten sich die Staaten nach jahrelangem Ringen nicht auf ein rechtlich bindendes Instrument einigen, sodass es lediglich bei einer politischen Erklärung blieb.

Zum anderen konnte, wie bereits beim Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, eine Einigung nur um den Preis errungen werden, dass der Forderung islamischer Staaten entsprochen und somit darauf verzichtet wurde, das Recht, seine Religion zu wechseln, ausdrücklich in den Text aufzunehmen. Das heißt, das

Recht, die Religion zu wechseln, ist nicht Teil der politischen Erklärung von 1981. Wie wir an jüngsten Beispielen sehen können, ist aber gerade dieser Teilaspekt zur vollständigen Ausübung des Rechts auf Religionsfreiheit von grundlegender Bedeutung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Fall des zum Christentum konvertierten Abdullah Rahman aus Afghanistan, der dies erst kürzlich veranschaulicht hat.

Von einer effektiven weltweiten Umsetzung des Rechts auf Religionsfreiheit sind wir weit entfernt, denn das Recht auf freie Wahl und Ausübung der Religion unterliegt in Teilen der Welt gravierenden Einschränkungen. Diese reichen von Gängelung über Repression bis hin zu massiven und systematischen Verletzungen der Menschenrechte, einschließlich der gewaltsamen Verfolgung religiöser Minderheiten.

Der sog. Karikaturenstreit hat eine weitere Konfliktlinie offen gelegt. Nicht nur das Recht des Individuums, seine Rechte frei zu wählen und zu praktizieren, oder ggfs. auch zu wechseln, wird in vielen Staaten nicht gewährleistet, sondern es sind auch der Meinungs- und Pressefreiheit beim Thema Religion in vielen Staaten enge Grenzen gesetzt.

Insbesondere zwischen dem Westen und der islamischen Welt, stehen sich beim Thema Religion konkurrierende Konzepte gegenüber. Hier das individuelle Menschenrecht auf Religionsfreiheit, wie im Zivilpakt praktiziert, dort die politische Forderung einer ganzen Glaubensgemeinschaft auf staatlichen Schutz der Religion vor Diffamierung, wobei es im Wesentlichen einzig um den Schutz der Würde des Islam geht. Ein individueller Menschenrechtsschutz steht demnach gegenüber einer Forderung auf staatlichen Schutz einer bestimmten Religion vor Diffamierung.

Dieser grundsätzliche konzeptionelle Dissens findet u.a. Ausdruck in zwei jährlich den Vereinten Nationen (VN) vorgelegten Resolutionsentwürfen. Dabei handelt es sich einerseits um die traditionell von der EU gegen religiöse Intoleranz eingebrachten Resolution, die bislang im Konsens angenommen und von Deutschland tatkräftig unterstützt wurde. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang daran, dass die Resolution auch Grundlage für den von den UN geschaffenen Sondermechanismus eines Sonderberichterstatters in Religions- und Glaubensfreiheit ist. Das Amt wird seit 2004 von der pakistanischen Rechtsanwältin Asmal Jahangir begleitet.

Demgegenüber steht die regelmäßig von der islamischen Konferenzorganisation (OIC) eingebrachte Resolution zum Verbot der Diffamierung von Religionen, die menschenrechtswidrige Akzente setzt. Diese Resolution wurde in der Vergangenheit regelmäßig in der Menschenrechtskommission behandelt. 2005 in Folge des Karikaturenstreits, erstmals jedoch auch im Dritten Ausschuss der Generalversammlung der VN. Sie zielt darauf ab, das universale und individuelle Recht auf Religionsfreiheit

und die Forderung nach umfassender religiöser Toleranz dadurch einzuschränken, dass Staaten verpflichtet werden, die Achtung gegenüber Religionen durchzusetzen. Dies entspricht nicht unserem individuellen Verständnis der Menschenrechte.

Die OIC-Resolution wurde daher durch die EU bisher geschlossen abgelehnt. Die EU wendet sich damit auch gegen die einseitige Ausrichtung der Resolution auf die Interessen des Islam und fordert gleichzeitig, so wie es das Prinzip der Universalität der Menschenrechte verlangt, gleichen Schutz für alle Menschenrechte, der Religions-, Glaubens-, und Gedankenfreiheit, ebenso wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese Rechte stehen gleichberechtigt nebeneinander und müssen auch gleichermaßen respektiert werden.

Ich komme zum zweiten Teil meiner Ausführung, zur Umsetzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Christen.

Hierzu nahm die Bundesregierung im Mai dieses Jahres in ihrer Antwort auf eine schriftliche Anfrage bereits ausführlich Stellung. Sie stellte unter anderem dar, dass – ich zitiere – *„weltweit Millionen von Gläubigen unterschiedlicher Konfessionen, darunter auch in erheblichen Maße Christen, aufgrund ihrer Religion Benachteiligungen oder gar Verfolgungen ausgesetzt sind.“* Eine gewisse Unterscheidung nach Art und Ausmaß der Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit lässt sich folgendermaßen vornehmen:

Es gibt Staaten wie z.B. Saudi-Arabien oder Nord-Korea, in denen die Religionsfreiheit weder rechtlich vorgesehen noch in der Praxis gegeben ist. Diese sind in der Minderheit.

In der Mehrzahl der betroffenen Staaten ist die Religionsfreiheit formal durch die Verfassung gewährleistet. Allerdings wird sie oft in nur begrenzten Umfang umgesetzt, indem z.B. lediglich einige Religionsgemeinschaften formal durch den Staat anerkannt werden. Die Anhänger nicht anerkannter Religionsgemeinschaften – und dazu gehören oft auch christliche Minderheiten – unterliegen hingegen Repressalien, staatlicher Einschüchterung, administrativer Benachteiligung und Ausgrenzung im öffentlichen Leben, bis hin zu Fällen staatlicher Verfolgung. Benachteiligungen von Menschen aufgrund ihres christlichen Glaubens ergeben sich insbesondere, wie eingangs schon betont, hinsichtlich der freien Wahl der Religion, aber auch hinsichtlich der praktischen Ausübung des Glaubens, sowie der Möglichkeit der Missionierung. Benachteiligung aufgrund des Glaubens erfolgt ferner durch vielfältige Form politischer, zivilrechtlicher, wirtschaftlicher und administrativer Diskriminierungen im Alltag, etwa im politischen Mitbestimmungsprozess oder bei der Besetzung öffentlicher Ämter sowie beim Zugang zu Bildungseinrichtungen. Auch die gesetzliche Besserstellung von Angehörigen religiöser Mehrheiten gegenüber religiösen Minderheiten,

führt in der Praxis natürlich zur Benachteiligung religiöser Minderheiten. Das gilt insbesondere in Ländern mit autoritären Herrschaftsstrukturen, die in freier Religionsausübung oft eine Gefahr für religiöses oder politisches Machtmonopol sehen.

In wieder anderen Staaten beobachten wir, dass die gesetzlich verbriefte Religionsfreiheit unzureichend umgesetzt wird. Sei es, weil innerstaatliche Konflikte keine politische Lösung erfahren, der Staat nicht in allen Landesteilen praktische Regierungsgewalt ausübt oder Regierungsorgane nicht konsequent gegen Verletzungen der Religionsfreiheit vorgehen.

In der Konsequenz wird religiöse Intoleranz und Diskriminierung oft gegen Christen von nichtstaatlichen Akteuren ausgeübt und oft staatlicherseits toleriert oder zumindest nicht effektiv verhindert. Derartige Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Zahl der Christen in einigen Regionen etwa in Nah- und Mittelost wegen Abwanderung erheblich gesunken ist.

In islamisch geprägten Staaten, in denen Christen als Anhänger einer der sog. Buchreligionen formal ein besonders geschützter Status zuerkannt wird, stellt sich die Situation nicht einheitlich dar. Trotz grundsätzlich garantierter Religionsfreiheit wird nicht-islamischen Religionen zumeist Zurückhaltung bei ihrer öffentlichen Ausübung auferlegt bzw. im Falle von Christen etwa auf große Kirchen beschränkt. Vor allem Missionierung, aber auch christlicher Religionsunterricht sowie der Bau und Ausbau von Kirchen, unterliegen in den meisten islamischen Staaten Einschränkungen bis hin zu einem völligen Verbot wie in Saudi-Arabien.

In einigen islamischen Ländern sieht die Strafgesetzgebung für Blasphemie zwingend die Todesstrafe vor, so z.B. in Pakistan. Darüber hinaus lässt das islamische Recht den Austritt aus dem Islam (Apostasie) nicht zu. Das Recht auf einen Wechsel der Religion besteht insofern nicht. Die Konversion auch zum Christentum ist verboten. Wer dies dennoch tut, muss mit erheblichen familien- und vermögensrechtlichen, auch erbrechtlichen Konsequenzen rechnen, selbst wenn die Todesstrafe nicht angewendet wird. So wird die Ehe ungültig, er verliert das Sorgerecht über muslimische Kinder und kann auch seinen Besitz nicht vererben. In der Praxis sind daher Fälle von Konversionen von Muslimen zum Christentum eher selten.

Gestatten Sie mir zum Schluss einige konkrete Maßnahmen der Bundesregierung aufzuführen, die den Schutz und die Förderung des Rechts auf Religionsfreiheit zum Ziel haben: Das Thema Umsetzung des Rechts auf Religionsfreiheit ist fester Bestandteil der politischen Dialoge, die die Bundesregierung mit diesen Staaten führt; sei es bilateral, oder auf der Ebene der EU. Beispiele für den Dialog mit Drittstaaten sind der EU-China-Menschenrechtsdialog, sowie auch der bilaterale Dialog zwischen Deutschland und China.

Anlässlich der Menschenrechtsdialoge und Konsultationen, die die Bundesrepublik als EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 führen wird, wird sie auch die Situation der religiösen Minderheiten mit den Regierungsvertretern der Drittstaaten ansprechen. Darüber hinaus ist das Thema Gesprächs- und Verhandlungsgegenstand auf multilateraler Ebene, insbesondere im Rahmen der UN. Die Behandlung der Resolutionen im Menschenrechtsrat bzw. im Dritten Ausschuss der UN habe ich anfangs bereits erwähnt. Wichtig in diesem Zusammenhang sind ferner die Arbeit der OSZE, des Europarats, aber auch der europäische Barcelona-Prozess, an denen sich die Bundesregierung beteiligt. Glaubwürdig für Religionsfreiheit weltweit einzutreten setzt voraus, sich in gleicher Weise und in gleicher Intensität für die Glaubensfreiheit aller Religionen und religiösen Gruppen einzusetzen. Die Bundesregierung fördert deshalb aktiv den Dialog zwischen den Kulturen und insbesondere den interreligiösen Diskurs und setzte dabei auf die Teilnahme moderater Vertreter der islamischen Welt zur Forderung von Toleranz und gegenseitigen Verständnis.

Unseren besonderen Schutz verdienen unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit die Opfer religiöser Verfolgung und Diskriminierung. Die Bundesregierung wird sich auch weiterhin für Gruppen oder Einzelpersonen einsetzen, die aufgrund ihres Glaubens bedroht sind. Sie verfolgt in ihrer Menschenrechtspolitik, darunter beim Einsatz der Verwirklichung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit, einen mehrfachen Ansatz: Sie setzt sich für die Stärkung des Rechts des Einzelnen und den Schutz von Minderheiten - einschließlich religiöser Minderheiten - ein und unterstützt andererseits diejenigen Institutionen auf internationaler Ebene, die in besonderer Weise für die Verbesserung der Menschenrechtssituation weltweit Verantwortung tragen.

**Abtprimas Dr. Notker Wolf:** Ich halte es für dringend notwendig auf die Meinungsfreiheit und die Einhaltung der Menschenrechte überhaupt zu drängen. Und zwar auch aus einem ganz guten Grund für die Wirtschaft und für die politischen Beziehungen. Denn nur wo Menschenrechte verwirklicht werden, wird es auch einen Rechtsstaat geben, werden damit Rechtssicherheiten für den Handel gegeben sein. Ich halte es für unmöglich - und es ist erstaunlich, dass sich George W. Bush nicht gerührt hat -, dass Google und Microsoft dem chinesischen Drängen nachgegeben haben, sich zensieren zu lassen. Solche Dinge müssen gerade von Regierungsseite unbedingt unterbunden werden und es muss mit Nachdruck darauf Wert gelegt werden, dass solche Dinge unterbleiben.

Ich darf etwas Positives berichten: Frau Merkel war bei Dr. Aloysius Jin Luxian, dem Bischof von Shanghai. Dieser hat mir ein paar Tage später einen schönen handschriftlichen Brief geschrieben, mit einigen Fotos und darin gesagt: „Das ist für uns die moralische Unterstützung, die wir brauchen.“

Also auch hier: Wir dürfen durchaus zeigen, dass wir als Christen da sind. Und als Christen auch untereinander Solidarität zeigen, so wie es die Moslems in viel stärkerer Weise tun.

Nun, kurz zu einem zweiten Punkt: Die Frage der Gegenseitigkeit, die ja immer wieder angesprochen wird.

„Hier dürft ihr bei uns Moscheen errichten, wir dürfen bei euch keine Kirchen errichten.“ Ich glaube, diese Forderung besteht zu Recht, aber wir müssen auch sehen, wie etwa bei der Demokratie, dass hier verschiedene Mentalitäten aufeinanderprallen. Das können sich diese Leute überhaupt nicht vorstellen. Das war ja auch früher bei uns Katholiken so, dass man sagte: „Was will denn der? Der hat doch nicht das Recht! Man kann doch dem Unrecht nicht den Weg bahnen! Man kann das doch nicht zulassen!“

Ich glaube, wir brauchen hier diese Gegenseitigkeit. Das muss ein erklärter Zielpunkt sein, aber wir brauchen einen längeren Weg und einen längeren Atem, um dahin zu gelangen. Denn wir müssen Verständnis dafür aufbringen, dass nicht das geringste Verständnis da ist. Ich kann ja auch nicht die Demokratie, wie es die amerikanische Regierung und wie es auch zum Teil bei uns versucht wird, über andere Kulturen stülpen. Das ist einfach nicht drin. Da fehlen die ganzen Voraussetzungen für ein demokratisches Verständnis. Ich habe noch 1979 in Südkorea erlebt, wie die Abgeordneten ihre Meinungsverschiedenheiten mit den Fäusten ausgetragen haben. Und auch noch ein paar Jahre später war es so, wenn man eine Abstimmung unterbinden wollte, weil man Angst hatte, sie würde schlecht ausfallen, dann hat man den Parlamentspräsidenten im Hause durch ein „sit-in“ blockiert, sodass er also gar nicht dort hingelangen konnte.

Dann möchte ich auf Phänomene hinweisen, die wir jetzt gerade in diesem Zusammenhang sehen: Chavez, Lula und diese Leute, im Prinzip auch Mugabe. Es liegt im Verhalten des Menschen, den starken Mann zu suchen. Ich sage in dem Fall sogar Mann, ohne dass ich Frau ergänze.

Ich habe Verhaltensbiologie studiert; es liegt in uns Menschen so drin und das muss kanalisiert werden und davon müssen wir uns erst befreien. Aber das ist zunächst erst eine natürlich vorgegebene Sache; die drückt bei allen Naturvölkern durch, der „starke Mann“.

Es war ja auch in China Deng Xiaoping, auch wenn er noch so alt war. Wenn der Mann nur den Finger gerührt hat, dann hat das die ganze Nation bewegt. Und wir suchen auch. Alexander Mitscherlich, der ja von den „verlorenen Vätern“ oder von

der „vaterlosen Gesellschaft“ gesprochen hat, hat genau den Nagel auf den Kopf getroffen. Das aber nur analog zu dem Problem der Gegenseitigkeit.

Man muss auf Gegenseitigkeit hinzielen, wie auch auf Demokratie, weil das immer noch das Beste ist und das allen am ehesten bekommt. Aber ich muss wissen: Unter den kulturellen und mentalen Voraussetzungen der jeweiligen Völker wird das nicht von heute auf morgen zu verwirklichen sein.

Dann die Umsetzungsfrage, die vorher zur Sprache kam. Die ist ja sehr unterschiedlich. Ich würde sagen Nordkorea - ich bin jetzt nicht ganz sicher - hat auch im Text der Verfassung die Religionsfreiheit genannt. Es gibt da jetzt auch eine patriotische Vereinigung der katholischen Kirche sowie auch der evangelischen. Und es gibt dann dort auch die Schaufenster in Pjöngjang: Eine katholische Kirche, zwei evangelische Kirchen und eine orthodoxe Kirche.

Das sagt alles noch nichts. Genauso wie in China. Die Repressalien können enorm sein. In China können wir relativ viel tun und haben eine relative Freiheit, wenn wir uns total von der Regierung kontrollieren lassen. Und das mache ich, wenn ich nach China fahre, schon seit 21 Jahren. In manchen Jahren war ich sogar mehrfach dort.

Die Verhaltensweisen sind sehr unterschiedlich, ich kann nach China fahren, ich darf dort zelebrieren, ich darf predigen, die Leute kennen mich. Dagegen fuhr in diesem Jahr eine Benediktinergruppe nach China, die mussten vorher unterschreiben, dass sie nicht zelebrieren und nicht predigen. Das ist eine ganz eigene Geschichte. Das hängt auch jeweils von den Religionsbehörden ab. Ich treffe mich in Peking mit dem Chef der Patriotischen Vereinigung der Katholischen Kirche. Er ist immer sehr umgänglich, sehr unverbindlich und er möchte ehrlich etwas tun für die Kirche. Das Schlüsselwort für China ist „Autonomie“.

China ist verletzt durch 100 Jahre Geschichte, dadurch, wie das Ausland mit den Chinesen umgegangen ist. Das hat den Stolz der Chinesen massiv verletzt. Und auch Nordkorea wird nur verständlich von dem Autonomiebedürfnis her, denn Nordkorea stand von 1910 bis 1945 unter japanischer Herrschaft. Die Familien mussten ihre koreanischen Familiennamen ablegen und japanische annehmen. Damals waren dort meine benediktinischen Mitbrüder, deshalb weiß ich einiges und ich habe dort letztes Jahr ein Krankenhaus eröffnet. Da steht drauf „International Catholic Hospital“, kein Problem. Ich war auch jetzt im August wieder dort. Wenn man sich kontrollieren lässt und das nicht als Beeinträchtigung empfindet, sondern als Teil der Verhandlung, dann geht einiges. Aber die Chinesen, gerade die Untergrundkirche, möchten sich auf keinen Fall kontrollieren lassen, wobei die Untergrundkirche auch einen Autonomiebegriff der Römischen Kirche hat, wie er bei uns im Staatskirchenrecht auch nicht immer verwirklicht ist. Also wenn ich den Chinesen sagen, liebe

Leute, in Bayern muss aber ein Bischof, bevor er geweiht wird, zuerst den Eid auf die Verfassung ablegen, dann stehen die Kopf. Und wenn ich sage, dass bei uns eine kirchliche Trauung nicht ohne eine vorhergehende staatliche Trauung möglich ist, dann stehen die genauso Kopf. Das sind also genauso Dinge, die wir bedenken müssen.

Ich möchte vielleicht noch ein Exempel zu den islamischen Staaten bringen. Die größte Freiheit hat die Katholische Kirche in Kuwait. Dort darf sie Kirchen bauen. Dort gibt es eine Gemeinde zwischen 500 und 1.000 und 1.000.000. Es gibt viele Einwanderer. Dort sieht es anders aus. Da dürfen auch Frauen studieren, was sonst nicht ohne weiteres gegeben ist. Also ist dort eine ziemlich große Freiheit gegeben, die sonst nicht ohne weiteres existiert. Relativ frei ist die Kirche auch im Iran.

Und damit komme ich noch auf einen Punkt – ich bin nachher gerne auch bereit, auf konkrete Fragen einzugehen und auf den Dialog von Kulturen.

Nicht bekannt ist, es gibt im Iran, sowohl in Teheran an der Fakultät wie auch in Ghom, jeweils eine Dialog-Kommission. Dort sitzen hochintelligente islamische Wissenschaftler, die gerne einen Dialog mit westlichen Wissenschaftlern hätten, gerade mit Theologen.

Ich bin jetzt dabei, benediktinischerseits nicht nur den Dialog mit den Buddhisten hier weiter zu führen, sondern den mit dem Islam aufzubauen. Es scheint mir sehr wichtig zu sein.

Und dasselbe gilt auch für eine Gruppe in Istanbul. Das habe ich festgestellt, als ich jetzt zur Kommentierung der Papstreise dort war und ich hab es in der „Daily News“ gelesen. Dort gibt es sehr kritische Kommentare der eigenen türkischen Regierung gegenüber, gegen alle Art von Fundamentalismus. Die waren zunächst auch kritisch gegenüber dem Papst, aber sind dann doch rasch umgeschwenkt.

Also es gibt durchaus Stellen, die danach suchen, und ich glaube, wir sollten diese Möglichkeiten erfassen.

Ich würde sagen, wenn ich den Bogen wieder aufnehme, eine gewisse Kooperation mit den Kirchen seitens des Staates – wie es jetzt heute Nachmittag beispielsweise passiert ist -, wäre günstig. Denn wenn wir die islamischen Staaten verstehen wollen, dann müssen wir das auch vom Glauben her sehen, auch von der Möglichkeit einer Instrumentalisierung der Religion und ich glaube, wenn wir einen Dialog der Kulturen wollen, dann muss das auch im Interesse des Staates sein, weil das zu einem echten Dialog auch zwischen den Völkern führt. Und vielleicht wäre es dann angebracht nicht immer so furchtbar ängstlich zu sein vor einer Berührung mit den Kirchen.

Ich gebe Ihnen ein boshafte Beispiel, was ich immer wieder erlebe. Entwicklungshilfe geht, wenn ich einen Staudamm durch ein Kloster bauen lassen möchte. Und damit ist er für die nächsten Jahre sicher, da das Kloster Dauerträger ist. Ich werde Gelder bekommen von unseren Entwicklungshilfestationen für den Bau eines Hauses für Laienhelfer. Aber niemals, um ein Kloster mit aufzubauen. Und aus dem Grund, denn wir helfen nicht der Kirche, wir sind neutral. Aber da es ja hier letzten Endes darum geht, langfristig zu arbeiten, und was zu bewirken, ich glaube da müssen wir etwas nüchterner sein und auf dem Boden bleiben, haben wir dasselbe Anliegen, obwohl uns ja sonst unsere deutsche Trennung von Staat und Kirche auszeichnet. Wir sind getrennt, aber wir wissen uns verpflichtet der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen. Also das führt uns zusammen.

Ein paar Dinge vielleicht noch zu Nordkorea, weil zu wenig bekannt ist, warum es dort eigentlich zu keinen Bewegungen kommt.

Was ständig übersehen wird, es gibt keine Versammlungsfreiheit und keine Freizügigkeit. Es kann zu keiner Revolution von unten her kommen. Und wie ich schon sagte, die Geschichte spielt auch eine große Rolle, und dort ist es der Stasi gelungen, die Totalkontrolle in diesem Land einzuführen. Und das ist grausam zu erleben.

Umgekehrt stelle ich immer wieder fest, in dem Moment, in dem wir möglicherweise auch in Korea oder in China ein 500-Betten-Krankenhaus als Joint Venture der Benediktiner und Benediktinerinnen und auf der anderen Seite der kommunistischen Stadtbehörden, in dem Moment verlieren die Leute die Angst vor uns. In dem Moment öffnen sich viele Türen. Und ich glaube, es ist für den Dialog mit den Kulturen sehr wichtig, dass sie nie die Angst haben, wir wollen dort herrschen. Und deshalb nochmals die ganze Frage der Autonomie und der Angst, oder auch der Macht, des hysterischen Machtbedürfnis seitens der Kommunistischen Partei in China und des noch hysterischeren in Korea. Ich glaube, Vertrauensmaßnahmen und auch einen Dialog vorzunehmen, ist unheimlich wichtig. Und Dialog bedeutet weit mehr, als sich nur an ein gemeinsamen Tisch zu setzen und miteinander reden. Vor allen Dingen deshalb, weil wir noch gar nicht die gemeinsame Basis haben. Erst wenn wir als glaubwürdige Partei anerkannt werden, wenn der Westen nicht mehr als dekadent erscheint, erst dann können wir mit den Leuten reden.

**Vorsitzender:** Vielen herzlichen Dank, Herr Abtprimas. Ich muss jetzt etwas nachholen, was ich vorhin nicht gesagt habe. Es war mein Fehler.

Wir haben eine Beratung ungefähr bis um sechs Uhr. Wir machen es immer so, dass die letzte halbe bis dreiviertel Stunde die anderen Abgeordneten noch die Möglichkeit des Nachfragens oder des Nachfassens haben, und dann noch eine Antwort zur

Verfügung steht. Ich würde Sie bitten, es bei Ihren Äußerungen zu berücksichtigen. Herr Dr. Jüsten.

**Prälat Dr. Karl Jüsten:** Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns eingeladen haben, um über dieses Thema zu sprechen und nachzudenken. Wenn ich diesen Dank ausrichte, dann gilt das auch für den Deutschen Bundestag insgesamt.

Wir haben in der vergangenen Woche eine gute Resolution verabschiedet zum Thema Religionsfreiheit und ich glaube, das ist sehr hilfreich. Ich hatte nicht den Eindruck gehabt, dass über die Fraktionsgrenzen hinweg in der Sache ein Dissens war, sondern ich glaube, da ging es dann, wenn bei der einen oder anderen Fraktion einer dem Ganzen nicht zugestimmt hat, auch um andere Fragestellungen. Das Vorhaben insgesamt, oder das was da beschlossen worden ist, ist von der absolut großen Mehrheit des Deutschen Bundestages getragen worden. Also, ganz herzlichen Dank.

Ich würde gern das Problem in sechs Punkte unterteilen. Wenn wir als Katholische Kirche von Diaspora sprechen, dann tun wir das unter drei verschiedenen Fokussierungen.

Die eine kann ich ganz kurz fassen, das ist die Diasporasituation in Deutschland. Die sollten wir auch ansprechen, in der wir uns nämlich in einigen Regionen befinden, einmal als Christen, als Katholische Kirche, wie als Evangelische Kirche umgekehrt auch. Das ist aber alles sehr unproblematisch und wir haben ein gutes Miteinander hier im Lande.

Dann gibt es die Diaspora in den vorwiegend protestantischen Ländern bzw. den Ländern Mittel- und Osteuropas, wo eine sehr starke Orthodoxe Kirche ist. Es gibt auch Eifersüchteleien zwischen der Orthodoxen Kirche und der Katholischen Kirche. Ich habe manchmal den Eindruck, dass davon die evangelische Seite auch ein wenig betroffen ist. Und da gibt's dann eben auch Probleme mit sehr aggressiv auftretenden Sekten, die vor allen Dingen von Nordamerika unterstützt werden.

Dann haben wir natürlich das Problem der Diasporachristen. Wir sind dann konfessionell wahrscheinlich alle wieder in einem Boot. Denn da sind wir in den meisten Ländern in der Diaspora, einige sind bereits angesprochen worden, vorwiegend natürlich die Länder der islamischen Welt. Das sind diejenigen, über die wir zurzeit am meisten sprechen.

Dann gibt es aber eben auch die Länder, in denen der Buddhismus und der Hinduismus oder eine andere fernöstliche Religionen vorherrschen und schließlich die Situation, Herr Abtprimas Wolf wies bereits darauf hin, in den Ländern, in denen Ideologien vorherrschen. Da macht uns natürlich insbesondere eine bestimmte radikale

Form des totgeglaubten, aber ansonsten noch vorherrschenden Kommunismus zu schaffen. Aber beispielsweise auch in Ländern Lateinamerikas, wo der Machismus auf dem Hoch ist, der uns da wiederum auf andere Weise zu schaffen macht. Da sind wir zwar nicht die Minderheitensituation als Katholische Kirche, aber wir erleben dort auch neue Formen des Bedrängens.

Der zweite Punkt, also die Differenz, auf die ich dann auch aufmerksam geworden bin, da kann ich sehr gut anknüpfen, an das, was Herr Ney vorhin auch angeführt hat zum Thema Menschenrechte und die Situation, die wir in einigen Ländern haben. Was bei einer Anhörung der Unionsfraktion deutlich wurde, ist, dass weltweit die meisten Menschen, die verfolgt sind, Christen sind.

Ich meine, die Zahl wäre 80 Prozent gewesen, eine Situation, die wir uns hier viel zu selten vor Augen führen. Wir sind da viel zu zurückhaltend bei dem Anprangern, dieser dramatischen Situation weltweit. Weil wir hier als Christen nicht verfolgt werden, weil es uns hier gut geht, weil es uns in Europa gut geht, sind wir vielleicht allzu sehr geneigt, zu meinen, dass das überall so ist. Das ist mitnichten so.

Da muss man unterscheiden zwischen der sog. staatlichen Verfolgung. Das sind natürlich Verfolgungen, denen mit den Mitteln der klassischen Außenpolitik am leichtesten zu begegnen ist, und natürlich das, was uns mehr und mehr in Bedrängnis bringt, das ist die sog. nichtstaatliche Verfolgung. Frau Professor Grütters kennt das aus eigener Anschauung von ihrem Bruder.

Damit bin ich beim dritten Punkt. Die Religionsfreiheit als wesentliches Menschenrecht. Da muss unterschieden werden zwischen der individuellen Religionsfreiheit und - wie Sie es ja auch getan haben - der Möglichkeit der Teilhabe von Christen am öffentlichen politischen Leben und der sog. institutionellen Religionsfreiheit. Wir erleben in sehr vielen Ländern, dass aus einem gewissen Toleranzverständnis heraus Christen nicht bedrängt werden, dass sie aber nicht wirklich aus diesem Verständnis heraus echte Teilhabechancen haben und schon gar nicht, dass ihnen die institutionelle Religionsfreiheit gewährt ist. Das heißt, dass sie sich als Gemeinschaften frei bilden können, frei entwickeln können und frei eben ihren Glauben auch gemeinschaftlich leben können. Ich glaube, da kann ich für die Evangelische Kirche mitsprechen, da sind wir alle im gleichen Boot in den Erfahrungen, die wir da vor Ort machen. Das können sogar auch Länder sein, in denen es eine orthodoxe Mehrheit gibt. Es war früher so, dass es sich in einem EU-Beitrittsland über den Drang zur EU erheblich zum Besseren gewendet hat. Ich könnte da konkret noch was sagen, speziell zu Mittel- und Osteuropa.

Das führt uns zum vierten Punkt, zu dem Schluss, dass die beste Garantie für Religionsfreiheit in Demokratien und Rechtsstaaten gegeben ist. Deshalb, glaube ich, ist

die deutsche Außenpolitik sehr gut beraten, das, was Sie schon angedeutet haben, den Rechtsstaats-Dialog mit den kritischen Ländern zu pflegen, eben doch für Demokratie zu sorgen.

Ich freue mich, dass Frau Dr. Eid hier ist. Sie hat ja in ihrer vorherigen Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin gerade auch das Thema ganz nach vorne gebracht. Nach unseren Erfahrungen ist das genau der richtige Ansatz, nämlich nur da, wo Demokratien und Rechtsstaaten sind, ist die Möglichkeit der Religionsfreiheit am besten garantiert. Es gibt sicher auch andere Länder, aber am besten, glaub ich, dort.

Dann möchte ich fünftens auf Sonderfälle zu sprechen kommen. Ich habe es schon kurz angeschnitten, es sind die EU-Beitrittskandidaten. Da haben wir gemerkt, wie sich in Bulgarien und Rumänien mit der Perspektive des EU-Beitritts die Dinge doch zum besseren haben wenden können. Und da muss man natürlich gucken, ob das in dem Augenblick, wo dann der Beitritt auch vollzogen wird, ob die Bemühungen dann nicht nachlassen, sondern dass die dann auch weiterhin vorangetrieben werden. Und natürlich der Sonderfall Türkei. Dadurch, dass der Papst jetzt gerade das Land besuchte, ist in diesem Land Gott sei Dank auch die Religionsfreiheit mehr in den Blickpunkt gerückt. Ich hoffe, dass das Auswärtige Amt das Thema Religionsfreiheit nicht mehr so weit unten auf der Agenda hat, wenn es um die Kopenhagener Kriterien geht, sondern dass es diese sozusagen auch weiter nach oben schiebt, weil viele andere Kriterien meines Erachtens dann doch damit dran hängen. Denn nur dann, wenn ein Staat seinen Bürgern seine Freiheitsrechte ermöglicht, und dazu gehört die Religionsfreiheit, nur dann kann auch, glaube ich, ein Staat wie die Türkei sich entwickeln.

Auch die Schwierigkeiten mit dem Islam, die da immer benannt werden, nämlich wenn dort in diesem Land Religionsfreiheit wäre, so wie wir es bei uns haben, dass dann also sozusagen die Büchse der Pandora geöffnet sei und dass das dann kein freiheitliches Land mehr sei, sondern dann eben auch ein Land, was islamistischen Gefahren ausgesetzt ist. Das muss man dann eben auch alles mit berücksichtigen, wenn man die Türkei in die EU mit aufnimmt. Wir haben von unserem Papst gehört, dass er durchaus nicht dagegen ist, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird. Dass die Bedingungen aber auch gehört werden, das müssen wir immer deutlich machen.

Und es ist eben ein Unterschied, auch nach der Staatsdoktrin, ob eine Religionsbehörde einer Minderheitenreligion Toleranz gewährt, oder ob die Menschen ein Grundrecht auf Freiheit haben. Diese Differenz müsste, glaube ich, im Dialog mit der Türkei

deutlich gemacht werden. Grundrechte, die den Menschen in der Türkei vorenthalten werden. Von daher sollte man darüber sprechen.

Sechstens, Möglichkeiten der deutschen Kirchen, in Ländern mit kleinen christlichen Gemeinden, also Ländern von Diasporasituation. Ein wesentlicher Punkt ist meines Erachtens die Zusammenarbeit. Wenn wir die Zusammenarbeit nicht nur als eine Zusammenarbeit verstehen, in der, sage ich mal, Brunnen gebaut werden. Indem also da irgendwelche Straßen durch Länder gebaut werden, oder Großindustrien aufgeholfen wird, die unter geopolitischen und geostrategischen Gesichtspunkten für uns eine Rolle spielen. Sondern wenn wir diese Zusammenarbeit begreifen als das, was sie sein soll, den Menschen in diesen Ländern auf die Beine zu helfen, damit sie sich selber entwickeln können, damit sie selber Partizipation haben können - ich nenne Stichworte: Bildung, Rechtsstaatlichkeit und so weiter -, dann ist das sicher eine der Voraussetzungen, dass sich unsere christlichen Gemeinden in diesen Ländern frei entwickeln können.

Die Erfahrung zeigt übrigens, was Sie von Ihrer benediktinischen Situation auch beschreiben können, dass unsere Gemeinden oder Organisationen, die Ordensgemeinschaften oder wer immer auch dort tätig ist, sicher eher mit dazu beitragen, dass zivilgesellschaftliche Strukturen aufgebaut werden können in diesen Ländern. Von daher kann ich an dieser Stelle, glaube ich, nochmals ein Dankeswort loslassen, dass die Bundesregierung den beiden großen Kirchen institutionelle Hilfe in der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder garantiert hat, dass wir also über die Katholische bzw. die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungszusammenarbeit in diesem Sinne dann auch wirken können.

Da arbeiten wir übrigens sehr partnerzentriert, das heißt, wir arbeiten dort auch mit nichtchristlichen Organisationen zusammen. Und das schafft das, was Sie gerade gesagt haben, das schafft eben Vertrauen.

In Nordkorea wäre das, was Sie gerade an neuen Öffnungen beschrieben haben, nicht möglich gewesen, wenn wir nicht über lange Jahre vorher vertrauensvoll Partnerarbeit geleistet hätten, interessanterweise übrigens über den Weg über China, aber auch das wissen Sie besser aus Ihrer Erfahrung. Von daher halte ich den Rechtsstaatsdialog eben auch für sehr wichtig, nicht nur den Dialog über die europäischen Institutionen, eben auch gerade für China.

Da gibt es ganz interessante Bewegungen. Ich sage es einmal so salopp, das erinnert mich manchmal an eine Echternacher Springprozession, das geht zwei Schritte vor und einen Schritt zurück. Im Moment sind wir mal wieder auf einem halben Schritt zurück; mal gucken, wie wir dann doch mal wieder vorkommen.

Jedenfalls gibt es immer wieder Signale von der jetzigen chinesischen Administration, mit uns ins Gespräch zu kommen. Da bin ich ganz Ihrer Auffassung, diese Gesprächsfäden, so dünn sie sind, sollte man ergreifen. Ich glaube eigentlich, zumindest mit den Möglichkeiten, die wir haben, die vor allen eben auch der Bundestag hat bzw. die Regierung hat um so etwas voranzutreiben.

Ein weiterer Punkt ist, ich freue mich ja hier auch, dass wir in einer Kombination sitzen aus typischen AA-Politikern und Kultur- und Bildungspolitikern. Das ist natürlich auch die Möglichkeit, die wir bei der deutschen Kulturarbeit im Ausland haben. Das ist ein Punkt, der meines Erachtens in der Auswärtigen Politik aufgrund diverser Sparmaßnahmen in den letzten Jahren sehr hat leiden müssen. Ich halte das für keine gute Entwicklung, weil über die Kulturarbeit auch sehr wesentliches von unserem Staatsverständnis, von unserem Freiheitsverständnis, von unserem Demokratieverständnis deutlich gemacht werden kann. Deshalb plädiere ich dafür, gerade da eher großzügig zu sein als zu kleinherzig.

Wenn dann darüber hinaus noch etwas für die Kirche abfällt, für die Kulturarbeit, die wir da vor Ort leisten, dann bin ich natürlich auch dankbar und Sie werden es sicher verstehen, dass ich in der Sache hier die Gelegenheit dafür nutze, etwas Lobbying zu betreiben, weil Sie wissen, dass der Kirchentitel in den vergangenen Jahren da immer mehr geschrumpft ist. Das werden Sie auch ins Ministerium nehmen und werden sich dafür einsetzen, dass das wieder umgekehrt wird, denn in diesen Gemeinden leisten wir vor Ort tatsächlich oftmals eine Arbeit, die das Goetheinstitut, die die Botschaften und die Konsulate vor Ort nicht leisten können, weil wir eben noch andere Strukturen der Vernetzung haben.

So, jetzt habe ich auch Möglichkeiten gehabt für ein anständiges Lobbying, herzlichen Dank, und ich freue mich nachher auf die Diskussion.

**Abtprimas Dr. Notker Wolf:** Ich habe gestern Abend noch mit einem chinesischen Studenten in Sant' Anselmo gesprochen, der in diesem Sommer in China war, aber seinen Bischof nicht besuchen konnte, da der Bischof unter Hausarrest steht. Zurzeit stehen fast alle Bischöfe unter stärkster staatlicher Kontrolle. Offenbar – und den Priestern geht es im Moment genauso – möchte jetzt die chinesische Regierung ganz massiv die Katholische Kirche unter einen Hut bringen, denn sie verhandelt gleichzeitig über Umwege mit dem Vatikan wegen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Ich bin überzeugt davon, dass die Chinesen alles daran setzen werden, es noch bis vor 2008 vor der Olympiade zu diplomatischen Beziehungen zu bringen. Aber dazu müssen sie die nach ihrem Verständnis die Katholische Kirche total kontrollieren; der Evangelischen geht es nicht anders.

**Der Vorsitzende:** Das ist die Überleitung für Frau Pastorin von der Heyde vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland. Bitte schön.

**Pastorin Maren von der Heyde:** Ja, herzlichen Dank. Ich kann gut anknüpfen an Abtprimas Notker Wolf und den ökumenischen Chinaarbeitskreis in Deutschland. Wir haben gerade vor einem Jahr eine große internationale und europäische Chinakonferenz in Sant' Anselmo durchgeführt. In dem Bereich sind wir, Evangelische und Katholische Kirche, schon sehr lange gemeinsam aktiv.

Und wir haben auch eine gemeinsame Initiative gestartet, vor zwei Jahren, nachdem der Rat der EKD in China war und dort das Thema Religionsfreiheit in der Gestalt von Bischof Huber immer wieder auch zum Thema gemacht hat.

Ich beginne mit der Überlegung, ob es nicht möglich wäre, in diesem Rechtsstaatsdialog stärker auch zivilgesellschaftliche und in unserem Fall tatsächlich auch kirchliche Momente einzutragen.

Wir haben ja so eine Form von begrenztem Dialog von Religionsbehörden schon seit vielen Jahren durchgeführt, wir haben einige Erfahrungen in diesem Bereich und ich meine nicht, dass wir in den engeren Zirkel des Rechtsstaatsdialogs eintreten können oder sollen. Ich weiß mittlerweile, in welchem Rahmen sich das bewegt, aber es wäre interessant, wenn die Basis für den Dialog ein Stückchen ausgebreitet würde und sie kirchliche Momente, die wir organisieren, Delegationen von Religionsbeamten, die wir schon seit vielen Jahren empfangen und denen wir so eine Art Fortbildung oder Export hier anbieten, ein Stückchen einbeziehen können oder zumindest ein Contacting auf institutionellerer Weise ermöglichen. Das würde nämlich diese Religionsbeamten auch darin bestärken, dass Grundlage für Religionsfreiheit auch ein starkes Vertrauen darin ist, dass die gesellschaftlichen Player jeweils loyal im Rahmen des staatlichen Gefüges füreinander eintreten. Das heißt, so wie Sie es vorhin gesagt haben, Herr Abtprimas, für die Menschen, für die wir uns verantwortlich fühlen. Jetzt nicht für eine Staatsform.

Das wäre wirklich eine Überlegung oder eine Initiative, die wir schon mal versucht haben anzustoßen, sozusagen von verschiedenen Blickrichtungen aus dem Bereich unserer Arbeit mit Ihrer Arbeit, die wir wirklich auch sehr schätzen in diesem Bereich.

Weil wir auch davon ausgehen, dass unsere Erfahrungen und unsere Erkenntnisse mit den chinesischen Gemeinden in China, die so vielfältig sind, wie man sich nur irgend vorstellen kann, nützlich sind. Wir haben mittlerweile nicht nur Kontakt zu den staatlichen kontrollierten, registrierten Gemeinden, sondern es gibt auch Kontakte zu denen, die sich der Registrierung entweder entziehen, oder aber der Drei-Selbst-Bewegung oder den patriotischen Vereinigungen entziehen. Auf evangelischer Seite ist

es eine Vielfalt von unterschiedlichsten Gruppierungen. Von solchen, die in keiner Weise ansprechbar sind, bis hin zu politisch sehr wachen und sozialgesellschaftlich sehr wachen Gemeinden. Bis hin natürlich zu sehr evangelikalen Gruppierungen, mit denen auch uns manchmal die gemeinsame Sprache fehlt. Das müssen wir ganz klar zugeben, aber es ist auf jeden Fall für uns in der Ökumene ein dringender Anspruch immer wieder auch gerade mit denen ins Gespräch zu kommen, die wir nicht sofort verstehen.

Rechtsstaatsdialog, Recht, auf Religionsfreiheit, bzw. auf Konversion. Das ist tatsächlich eines der spezifischen Themen, die uns überall auch begegnen. Ob das im Mittleren Osten ist, in Indien oder in Pakistan oder jetzt auch in einem buddhistischen Umfeld, in Sri Lanka. Das ist etwas, was uns Sorge macht. Es mag sein, dass dieses Thema schon immer ein prominentes oder ein schwieriges Thema war und dass es jetzt erst so richtig zum Tragen kommt, weil man einfach andere Mittel eines umseitigen Informationsaustausches hat. Aber es ist schon bedrückend, von einem relativ industrialisierten, weltoffenen Staat wie Malaysia mitzubekommen, dass es kaum möglich ist, den Vermerk, dass eine Frau Muslima ist, aus dem Pass wieder herauszubekommen. Es gibt einen Prozess, der jetzt schon seit einigen Jahren läuft, diese Frau möchte sich zu ihrem christlichen Glauben bekennen und darf nicht. Sie ist mit allen Folgen, die damit verbunden sind, wenn sie dann eben tatsächlich den Vermerk aus dem Pass herausbekommen würde, bedroht worden. Dass ihre Ehe annulliert wird, dass die Fürsorge für die Kinder usw. All dieses ist tatsächlich etwas, was im Gespräch, das sie führen, in jeder Form im zwischenstaatlichen Bereich angesprochen werden sollte.

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit kann ich auch nur bestätigen, was Prälat Jüsten gesagt hat: Wir sind sehr dankbar dafür, dass auch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) mit Mitteln ausgestattet ist, diese Arbeit zu tun. Wir erleben aber genau das, was Abtprimas Wolf erzählt hat, der DED hat kaum Möglichkeiten, spezifische Arbeit der Kirchen zu unterstützen. Er kann dies natürlich tun, dadurch dass es die kirchlichen Entwicklungsmittel gibt, aber manchmal ist es schwierig. Oder wir bringen die Entwicklungswerke in eine schwierige Lage, wenn sie Mischansprüchen ausgesetzt sind und wir noch einmal quasi uns zurücknehmen müssen und sagen, dass der Partner, der eine stark kirchliches Gepräge hat, doch auch seine Entwicklungsarbeit als Entwicklungsarbeit definieren will. Und dass man bestimmte Dinge, die im kirchlichen Raum entstehen können, nicht als Entwicklungsarbeit beschreiben darf, sollte nochmal neu diskutiert werden.

Das reicht auch in die Frage hinein von Entwicklungsarbeit und Mission. Völlig ohne Frage, dass Mission etwas ist, was immer sehr gut beobachtet werden muss, was sich dahinter verbirgt. Dennoch ist Kirche von ihrem Anspruch immer auch eine, die

ihre Botschaft auch weiter bringen möchte, aussagen möchte, auch im positiven Sinne, Gesellschaft positiv prägen. Und dann eben der Missionsvorwurf, der immer gleich schon eine kirchliche Arbeit in Zweifel zieht, dann ist manchmal eine Situation gegeben, wo wir unsere Entwicklungsorganisation dazu zwingen, eher nicht kirchliche Partner zu suchen, als kirchliche Partner und das sollte eigentlich nicht der Fall sein. Und darum ein Stückchen die Bitte, doch noch einmal über diese angebliche Unmöglichkeit einer Mission und den Anspruch Kirche zu sein, ins Gespräch zu bringen und ein bisschen kritischer danach zu fragen, ob wir denn tatsächlich nicht die alten Bilder damit weitertransportieren, oder uns tatsächlich den neuen Ansprüchen aussetzen können.

**Prof. Dr. Thomas Schirmmacher:** Ich bin angekündigt mit dem Institut für Weltmission, womit ich auch zu tun habe. Aber hier spreche ich für das Internationale Institut für Religionsfreiheit, einer Einrichtung der weltweiten evangelischen Allianz. Die Aufgabe des Instituts ist nicht nur, über die Lage von Religionsfreiheit, Einschränkungen betroffener Christen zu forschen, die Hauptsache ist die Erforschung, insbesondere statistisch, der Lage der Christen in verschiedenen Ländern.

Wir haben beim Christentum, der größten Weltreligion, die es gibt, eine sehr merkwürdige Situation. Sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen genießt keine Weltreligion soviel Freiheit wie das Christentum. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die meisten ehemaligen christlichen Staaten Demokratien sind. Aber das muss man nüchtern sehen. Also grob die Hälfte der Weltchristenheit lebt auf der Sonnenseite der Religionsfreiheit, was z.B. die Masse der muslimischen Weltbevölkerung nicht tut. Selbst wenn sie in islamischen Ländern leben und deshalb nicht unmittelbar verfolgt werden, genießen sie aber in diesen Ländern trotzdem keine Freiheit, wie wir sie hier genießen und wie sie etwa auch die genannten Sekten genießen, das heißt unsere eigenen Ableger, die das dann in islamischen Ländern unter Garantie nicht tun können.

Während auf der anderen Seite vielleicht nicht ganz die andere Hälfte der Christenheit statistisch gesehen die Religion ist, die in absoluten Zahlen, aber auch prozentual am stärksten von Repressalien betroffen ist. Es gibt Ausnahmen. Statistisch gesehen sind etwa die Bahai oder die Falun Gong in China stärker betroffen, wenn man jetzt nicht nach den Gesamtzahlen geht, aber das sind im Regelfalle neuere und kleinere Religionen. Für die Betroffenen ist das natürlich verheerend. Aber im großen Bild fällt das meist nicht so ins Gewicht.

Die Christen sind statistisch prozentual gesehen merkwürdigerweise auch diejenigen, die am häufigsten von Unterdrückung anderer Religionen betroffen sind. Und es gibt im Gegensatz zu anderen Religionen ein verhältnismäßig kleines Mittelfeld dazwi-

schen, dass bei anderen Religionen eigentlich vorherrschend ist. Mit nicht unmittelbar spürbarer Diskriminierung auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch nicht echter Freiheit.

Bevor wir der Frage nachgehen, was wir bei uns zusammengestellt haben, was eigentlich die Gründe dafür sind, dass die Christen so in den Mittelpunkt rücken, die ja als größte Weltreligion irgendwie gute Chancen haben müssten, besser dazustehen, würde ich gerne definieren, was wir unter Religionsfreiheit verstehen.

Die Religionsfreiheit bei uns hier in Deutschland oder überhaupt hier in Europa, in Amerika, ist ja nicht das Ergebnis davon, dass die Religionen sich geeinigt hätten. Es gab einen langen Prozess, etwa hier in diesem schönen Teil der Erde, der nicht beinhaltet hat, dass Katholiken und Evangelen irgendwie eine gemeinsame Kirche gegründet und sich geeinigt hätten, jetzt untereinander Frieden zu schließen. Sondern wir haben in dem langen Prozess als Religionen darauf verzichtet, politische – d.h. wenn wir in der Geschichte zurückgehen, zunächst auch militärische, aber dann auch andere - Zwangsmaßnahmen, die eigentlich staatliches Monopol sind, einzusetzen und uns darauf zu beschränken, den Kampf um die Herzen auf andere Weise zu führen. Durch Überzeugung und durch Mission. Friedliche Missionen, nicht im Sinne von Kreuzzug von Gewalt, von Anwendung staatlicher oder wirtschaftlicher Macht, sondern durch Überzeugung. Und so ist es kein Zufall, dass in der Religionsfreiheit - wir haben es ja gehört - in allen Definitionen, europäisch, international, das immer mitdefiniert ist, dass zur Religionsfreiheit eben auch das öffentliche Bekanntmachen der Inhalte der eigentlichen Religion gehört. Das ist der eigentliche Verzicht, dass Katholiken und Evangelen in der Sicht auch dem Alltag näher gekommen sind. Das ist meines Erachtens eine Folge davon gewesen. Wir haben auf Gewalt verzichtet und dann war es für Leute etwas sicherer, für Protestanten, in ein bayrisches Dorf zu ziehen und umgekehrt und irgendwann durch den Krieg wurde sowieso alles durcheinander gewirbelt.

Für Religionsfreiheit ist die Voraussetzung meines Erachtens nicht, dass die Religionen sich einigen oder sich näher kommen, sondern dass sie sich gemeinsam darauf einigen, den Staat Staat sein zu lassen und den Staat nicht als Mittel der Mission dahingehend zweckzuentfremden, dass der Staat dafür sorgt, dass andere nicht behindert werden, oder man selber gefördert wird.

Und wenn man jetzt vor diesem Hintergrund fragt: Warum sind Christen so stark betroffen? Zum einen natürlich von den absoluten Zahlen her. Wir reden von zwei Milliarden Menschen, die auch in sämtlichen Ländern der Erde verbreitet sind und damit logischerweise, da es kein Land der Erde ohne nennenswerte Zahlen von Christen gibt, leben die auch in Ländern, in denen Menschenrechte so oder so unterdrückt

werden. Und dabei unter anderem auch das Recht auf Religionsfreiheit, das ja übrigens in allen internationalen Standards wie auch in unserer Verfassung mit dem Recht auf Gewissensfreiheit in einem Atemzug genannt wird. Und überall, wo das nicht existiert, existiert das natürlich auch für die größte Religion nicht und das fällt natürlich auf.

Zweitens, das wird hier in der westlichen Welt oft übersehen, dass das Christentum im Moment das wohl stärkste Wachstum seiner Geschichte erlebt. Das heißt in der nichtwestlichen Welt – nicht in der westlichen Welt – haben wir ein phänomenal wachsendes Christentum, dicht gefolgt vom Wachstum des Islam. Die beiden Religionen haben auch statistisch gesehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Wer mal so in Abständen nach Indonesien reist, der weiß, dass in einem solchen Land Christentum und Islam, die Naturreligionen und was es da so alles gibt, sich mehr und mehr aufteilen. Wir haben das in Afrika in großen Teilen, dass der sog. Animismus unter dem Dach von Christentum und Islam weiter leben kann.

Aber wenn man mal solche Zahlen vergleicht: in Afrika hat sich die Zahl der Christen von 1970 von 120 Mio. auf 330 Mio. erhöht, das hat zum Teil natürlich mit dem Bevölkerungswachstum zu tun, ist aber eine fünffache Erhöhung gegenüber dem eigentlichen Bevölkerungswachstum.

In Lateinamerika, das man immer für einen christlichen Kontinent hielt, ist die Zahl der Christen von 260 auf 470 Mio. gestiegen - das ist immerhin noch eine Verdoppelung der Zahl der Christen in einem Kontinent, der nominell schon eine christliche Dominanz hatte. Und das wird in der westlichen Welt oft nicht gesehen, dass in Ländern wie Indonesien etwa der Anteil der Christen – ich bin 1979, glaube ich, das erste Mal da gewesen, da war der Anteil noch bei 0,9 Prozent, heute weiß es keiner so genau, liegt der Anteil bei sieben bis zehn Prozent – ein enormes Wachstum hat, mit all den Folgen, die das mit sich bringt. Was in vielen Ländern für die Leute und für die Regierung greifbar wird, was bisher nur irgendwelche Winkelgrößen waren; in China ist es ganz ähnlich. Die ganze Problematik in China kann man nicht verstehen, wenn man nicht auch die Nervosität der Regierung einer Bewegung gegenüber sieht, die ständig wächst und sie kann sich nicht erklären warum, bzw. erklärt sich dann eben sehr schnell, dass das nur aufgrund einer Fernsteuerung von außen sein kann. Da steckt der Papst dahinter, was natürlich eigentlich Unsinn ist. Der Papst wäre froh, er hätte eine Möglichkeit, tausende Kilometer weg dafür zu sorgen, dass Leute ununterbrochen zum Christentum übertreten, aber das muss man nüchtern sehen. Wäre das Christentum in China am Schrumpfen, wäre die Problematik wahrscheinlich nicht so stark.

Drittens: Das Christentum hat natürlich mit seiner kolonialen Vergangenheit zu kämpfen. Das hat so keine andere Religion. Und das hängt damit zusammen, dass wir in vielen Ländern weltweit eine ganz neue Verknüpfung von Nationalismus und Religion haben, die wir in dieser massiven Form früher so nicht hatten.

Ich nehme zum Beispiel die Türkei. Bei der Türkei läuft aufgrund der internationalen Konstellation immer die Debatte Islam gegen Christentum. Also, dass das Christentum in der Türkei so behindert wird, kann nur am Islam liegen. Man darf aber nicht vergessen, die eigentliche Behinderung ist jahrzehntelang vom türkischen Nationalismus ausgegangen. Und Atatürk hat ursprünglich dafür gar nicht so viel übrig gehabt. Der Islam kommt jetzt als Motiv neu zum Nationalismus dazu. Gäbe es aber keinen türkischen Nationalismus, hätte der Islam in der Türkei gar kein Pferd, auf dem er reiten könnte. Diese Kombination macht es jetzt doppelt schwierig. Aber man kann sie nicht nur angehen, wenn man sie als religiöses Problem sieht. Es ist auch einfach die Verknüpfung: Ein Türke ist eben ein Moslem.

Viertens: Das Christentum ist an vielen Stellen der Erde aufs Engste für die Menschen mit der westlichen Kultur verbunden. Man muss also an vielen Stellen all die Prügel einstecken, die eigentlich der westlichen Welt gilt. Damit auch eine Menge Sachen, die das Christentum persönlich ablehnt. Ich habe das selber in Thailand erlebt, wenn man den Vorwurf bekommt, dass die christlichen Touristen alle wegen der Kinderbordelle und so weiter kommen und das ist natürlich etwas, was die Kirchen vehement ablehnen, womit sie als Repräsentanten der westlichen Welt aber assoziiert werden.

Ein Punkt, der allerdings sehr oft hinter dieser ganzen Situation steckt, ist die an vielen Stellen vorgegebene Friedlichkeit der christlichen Kirche. Die Kirchen haben sich allesamt bis auf wenige Ausnahmen – man denke an Nordirland – in einem langen Prozess, aber umso gründlicher, für den friedlichen Weg entschieden. Also auf der einen Seite nicht politisch-militärisch-wirtschaftliche Macht einzusetzen, aber eben auch grundsätzlich als Markenzeichen von Religion zu sehen. Es geht um einen friedlichen, freundlichen Kampf um die Herzen. Und um nichts sonst. Und das macht es natürlich Gruppen, nationalistischen Gruppen genauso wie religiösen Gruppen, die Gewalt einsetzen wollen, sehr leicht, weil sie auf wenig Widerstand stoßen. Weil sie nicht auf eine andere Religion stoßen, die ebenso vehement mit Gewaltanwendung zurückgreift, wie das etwa der Fall gewesen wäre, wenn wir etwa noch in Kreuzfahrerzeiten leben würden, wo sich mancher überlegt hätte, die Christen anzugreifen. Wo man mit einer Reaktion hätte rechnen müssen. Und hier komme ich an eine meines Erachtens wesentliche Stelle für die ganze Problematik.

Was wir in unserer Gesellschaft haben, ist eigentlich ein unausgesprochener Konsens zwischen den Religionen und der Demokratie. Hier wurde eben gesagt, Religionsfreiheit ist nur da möglich, wo es Demokratie und Rechtsstaat gibt. Das will ich nicht bezweifeln, aber das umgekehrte gilt auch. Demokratie und Rechtsstaat ist nur da möglich, wo die Mehrheitsreligion dahinter steht. Wenn die Mehrheitsreligion eines Landes das nicht möchte, dann reicht in den meisten Fällen das Gewaltmonopol des Staates nicht aus, die Bevölkerung dazu zu zwingen. Und wir haben in unserem Land und vielen unserer Länder einen historischen Deal. Wir bekommen als Religionen ein höchstes Maß an Religionsfreiheit und gleichzeitig garantieren wir dafür sowohl, dass wir die Politik Politik und den Staat Staat sein lassen, als auch, dass wir andere Religionen auf friedliche Weise angehen, und nicht mit anderen Mitteln.

Das funktioniert wunderbar, solange kein Spieler dazwischen kommt, der diesen Konsens nicht teilt. In dem Moment, in dem wir eine Religion dazwischen bekommen, die diesen Konsens nicht teilt, ist für die Religionen, die den Konsens teilen, die Sache sehr schwierig. Sie haben sich ja selber praktisch die Begründung genommen, sich zu verteidigen und sind jetzt darauf angewiesen, dass der Staat das tut. Und ich denke, dass da die Auswärtige Politik und die Kulturpolitik eine ganz zentrale Rolle spielen, Staaten zu ermutigen. Ich denke etwa an Indonesien und Sri Lanka, zwei Beispiele, in denen es nicht der Staat ist, der eigentlich die Unterdrückung der Religionsfreiheit will, sondern nationalistische Bewegungen, die starken Einfluss nehmen. Dort, denke ich, ist es eine ganz wichtige Aufgabe, Einfluss darauf zu nehmen, dass sie die Lösung nicht im Nachgeben sehen, sondern darin sehen, das Staatsmonopol zu nutzen, den Religionen Einhalt zu gebieten, die diesen gewalttätigen Weg gehen.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank, Herr Professor. Pater Hoffmann für die Salvatorianer, bitte.

**Pater Karl Hoffmann:** Danke für die Einladung hierher. Es ist ja schon vieles gesagt worden, ich will auch nur einige Anmerkungen machen, so dass wir noch ins Gespräch kommen und Sie rückfragen können. Ich bin jetzt nicht mehr ein Generaloberer, sondern gehöre noch der Leitung an. Denn wir haben ja Ämter auf Zeit. Nach einer gewissen Zeit tritt man in das zweite Glied über. Ich brauche jetzt auch nicht mehr in Rom zu wohnen, sondern bin nach Berlin zurückgekehrt, in meine Heimatstadt, wo ich in Wilmersdorf aufgewachsen bin. Und in Wilmersdorf selbst stand eine Synagoge, ein Moschee, eine orthodoxe Kirche, eine evangelische Kirche, eine katholische Kirche. Da sehen wir, wie das schon noch vor dem Weltkrieg zusammengeklungen hat.

Davon bin ich auch geprägt worden. Als ich dann zum Generalobersten gewählt worden bin, war es meine Aufgabe, alle Länder zu besuchen und die Niederlassungen,

wo auch immer sie sich befinden in der ganzen Welt. Und wenn man dann zu den Mitbrüdern und Mitschwestern hinget, dann kommt man oft in die Favelas hinein und in die einfachen Unterkünfte oder tief in den Busch von Afrika. Man ist also mit den Leuten zusammen, spricht also nicht nur den eigenen Mitbrüdern und Mitschwestern. Ich möchte auch ganz ausdrücklich sagen, dass ich die Schwestern ebenfalls vertrete, die auch in aller Welt sind, weil wir eine Gemeinschaft zusammen sind.

Ich möchte einen kurzen Blick werfen auf Afrika, weil andere Länder ja hier schon angesprochen worden sind, und Tansania mal hervorheben, wo das Miteinander dort auch der Religionen und der einzelnen Stämme sehr gut ist. Und da ist ja auch immer wieder abwechselnd ein Präsident, der Moslem ist und sein Stellvertreter ist Christ oder eben auch umgekehrt, einmal Christ, einmal Moslem. Es ist also auch möglich und man kann einfach für Afrika sagen, so auch meine Feststellung, dass die Afrikaner ein friedliches Volk sind, dass sie auch miteinander auskommen. Wenn sie feiern, dann feiern alle. Auch wenn es ein kirchliches Fest ist, dann sind sie dabei. Und man wird auch eingeladen zu ihnen nach Hause. Also die Toleranz ist da. Nur warum klappt es nicht, das Miteinander? Weil oft von außen eingegriffen wird, eine politische Macht, oder wer auch immer, eine wirtschaftliche Macht und die bringen dann die Leute und die religiöse Macht durcheinander. Also, dass wir das auch einmal sehen, die Menschen wollen ja zusammenleben, und miteinander auch auskommen und sich auch bereichern.

Ganz anders war das im Kongo, der Demokratischen Republik Kongo, da muss ich sagen, ich war gerade dort unten, als Kabila - der Vater, kann man ja sagen -, dann Einmarsch hielt in der Republik, oder er hat das später so genannt, und da muss ich wirklich sagen, da hatten alle Angst. Und dass sich das auch auswirkte auf die Christen und auf die Moslems und die Afrikaner wirklich auch sehr betroffen waren. Ich möchte von den Schwestern zweier Länder noch vorstellen, was sie mir ans Herz gelegt haben.

Das ist einmal Pakistan. Wir haben dort eine Schule, und sagen, sie können unterrichten, wohl wissend, dass in Pakistan zum Beispiel nur 20 Prozent der Bevölkerung der Kinder zur Schule gehen können. Und so sind die christlichen Schulen natürlich auch sehr gefragt und sie können da auch ihren Dienst leisten. Schwestern vielleicht noch einfacher als die Männer, die Patres und Brüder, will ich mal sagen, weil die doch noch anders gesehen werden als Vertreter der Kirche, aber die Schwestern, wie auch die Mutter Theresa von Kalkutta, die war bei den Menschen und konnte sich dafür auch einsetzen.

Aber was die Schwestern auch immer wieder betonen, und die Christen: Sie wollen nicht Bürger der zweiten Klasse sein. Wir empfinden das so. Dass wir nicht ernst genug genommen werden. Und das ist sicherlich etwas, was wir auch bedenken sollen, da immer wieder auch Einfluss zu nehmen, um ihnen zu helfen.

Das andere ist auch ein kritisches Land heute: Syrien. Da haben unsere Schwestern einen Kindergarten. Und auch sie können - es sind deutsche Schwestern - ihren Dienst leisten, aber müssen da sehr vorsichtig sein, keine Kritik äußern, und wenn sie etwas haben gegen einen Moslem oder einen Syrer, mit dem etwas im Kindergarten ist – es sind viele Moslems auch in diesem Kindergarten –, dann müssen sie einen Syrer einschalten, der das auch weitergibt zu den entsprechenden Stellen.

Das sind praktische Beispiele, noch hinzugefügt zu dem, was schon gesagt wurde, und damit Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Pater Hoffmann. Kollege Wimmer hat sich schon gemeldet.

**Abg. Willy Wimmer (Neuss), CDU/CSU:** Herr Vorsitzender, ich habe zwei oder drei Fragen. Die erste Überlegung resultiert aus der aktuellen Politik. Wir haben in bestimmten Staaten wie Angola, im Kongo und auch in Kolumbien das Phänomen, dass alle staatlichen Einrichtungen im Ergebnis, was das Vertrauen anbetrifft, in den Augen der Bevölkerung kollabiert sind. Und wenn man in diesen Staaten – man kann auch andere nehmen – überhaupt eine Chance hat, zur Verständigung innerstaatlicher Zusammenarbeit zu kommen, geht das eigentlich nur über die Kirche. Also, die Kirchen als „last resort“ würde man im Englischen sagen. Und ich bin nicht sicher, dass die deutsche offizielle Politik darauf reagiert. Dass das Phänomen vielleicht auch noch gar nicht festgestellt wurde. Vielleicht am ehesten jetzt in Zusammenhang mit dem Kongo, denn es ist sehr auffallend, dass diejenigen, die für demokratische Wahlen gesorgt haben, katholische Geistliche gewesen sind. Da ist das ja ein bisschen ins Bewusstsein gerückt. Und ich frage mich, ob wir da nicht irgendwie lernen müssen voneinander. Ich verbinde das mit einer zweiten Überlegung.

Ich bin ja seit langem in der OSZE und habe etwas Interessantes bei uns hier festgestellt. Wir haben uns als deutsche Delegation sehr frühzeitig im Bereich der OSZE dafür eingesetzt, in Europa zu einem Dialog der Religionen zu kommen. In Anbetracht der Entwicklung, die absehbar war, war das unser Ziel. Wir sind auf ein Phänomen gestoßen, das ich hier mal ansprechen will, damit wir nicht immer nicht bloß über die muslimische Welt reden.

Die angelsächsische Welt hat das massiv bekämpft. Das ist gar nicht dazu gekommen. Man brauchte in der OSZE nur „Kirchen“ zu sagen und dabei „Vatikan“ anklin-

gen lassen und man hatte sofort mit der Hölle zu tun. Das ist ein Phänomen, das uns ja einen Großteil der Probleme beschert, denn wir haben ja kaum noch Leute, die miteinander reden wollen oder können.

Wenn das also bei uns schon so ist, dann muss man sich fragen, warum wir uns mit der muslimischen Welt so schwer tun. Das ist deshalb für mich so ein Problem, weil wir natürlich in einem muslimischen Land sehen können, in dem Versuch, eine Konferenz, eine Zusammenarbeit in Asien zu machen, dass der kasachische Präsident Nasarbajew ja mit einem feststellbaren Erfolg genau zu diesem Dialog aufruft und die Vertreter von Weltreligionen sich regelmäßig in Kasachstan treffen.

Ich finde es schon relativ peinlich, dass wir in unserer Welt so etwas nicht zustande bringen, aber dass es in einem muslimischen Land gelingt, dass man zu einem Dialog von Religionen kommen kann. Und mir ist es immer lieber, es gibt so etwas, als dass man nur übereinander redet und nichts voneinander weiß. Und etwas ist mir in diesem Kontext der letzten 10 - 15 Jahre auch aufgefallen: Wir haben ja den Konflikt im früheren Jugoslawien gehabt. Immer noch vielleicht. Und da gab es ja die Bemühungen, über diese Ordensgemeinschaft St. Egidio überhaupt noch Fäden aufzunehmen in einer ziemlich sprachlosen Welt. Und wenn ich also die Erfahrung, die ich da gemacht habe, Revue passieren lasse, dann kann ich nur sagen, da braucht man nicht durch irgendeinen saudischen Prinzen verfolgt zu werden. Die Bemühungen, die St. Egidio auf dem Balkan unternommen hat, sind systematisch von unseren Alliierten torpediert worden. Da kann ich nur sagen, welches Verständnis haben wir eigentlich untereinander, wenn wir zwar davon reden im politischen Kontext, wir seien für Glaubens- und sonstige Freiheiten, aber dann, wenn Kirchen als Einrichtungen im Sinne von friedensschaffenden Optionen mal von Nöten sind, bekämpfen wir sie bis auf die Knochen? Und das ist natürlich aus meiner Sicht für unseren Kulturkreis, in dem wir uns normalerweise bewegen, eine ziemlich schlimme Erkenntnis und für mich eine große Frage, ob wir es nicht mit Phänomenen zu tun haben, die mit „Kulturkampf“ nur unzulänglich umschrieben werden.

**Der Vorsitzende:** Herr Wimmer. Und nun Frau Krüger-Leißner.

**Abg. Angelika Krüger-Leißner, SPD:** Herzlichen Dank. Ich habe in der Vorbereitung und auch heute eine Menge gelernt. Dass die Gruppe der Christen so massiv verfolgt wird, bis zu 80 Prozent, habe ich auch nicht gewusst, genauso wie ich heute erfahren habe, dass auf der anderen Seite die Gruppe der Christen so schnell wächst. Vielleicht hängt das ja auch miteinander zusammen. Auf der anderen Seite erfährt man natürlich auch von den Verfolgungen immer mehr in jüngster Zeit. Das mit dem zum Christentum konvertierten Afghanen ist ja im Prinzip nur die Spitze, das

herausstehende Ereignis gewesen, immerhin hat der Mann nach der Scharia die Todesstrafe zu erwarten.

Das ist ja ungeheuerlich. Mir erscheint es manchmal, dass ich dem mit einer großen Hilflosigkeit begegne und überlege, was können wir da eigentlich tun. Wie können wir mithelfen, dass die Menschenrechte auch in diesem Punkt der Religionsfreiheit mehr Anerkennung bekommen? Wir haben in der letzten Sitzungswoche gerade einen Antrag beraten. Dieser Antrag stellt eine Reihe an Forderungen an die Bundesregierung. Und auf die möchte ich noch einmal zu sprechen kommen.

Was glauben Sie aus Ihrer Erfahrung heraus, was sollten wir wirklich jetzt anpacken in dem vor uns liegenden Jahr der EU-Ratspräsidentschaft? Was erwarten Sie wirklich? Es sind sehr viele Aufgaben. Eine ganze Seite ist dort aufgelistet an Aufgaben. Was glauben Sie, was sollten wir vorrangig machen, bilateral, vielleicht auch multilateral und dann die Frage auch an Sie, was können Sie als Kirche tun? Vielleicht haben Sie in der Vergangenheit auch Versäumnisse in der Hinsicht, dass wir diese Entwicklung zu verzeichnen haben?

Das sag ich auch für mich auch als Frage. Danke.

**Abg. Harald Leibrecht, FDP:** Vielen Dank. Mir ging es ähnlich wie Frau Krüger-Leißner, dass man sich im Vorfeld zu dieser Anhörung intensiver mit diesem Thema befasst hat. Mir war auch schon klar, dass Christen in der Welt vielerorts verfolgt werden, aber dass es eben in einem solchen Ausmaß ist, dass war eben auch verwunderlich. Wenn ich höre, dass in Nordkorea 10.000 Christen in Gefängnissen sitzen, dahin vegetieren, wo ich das Gefühl habe, da kümmert sich überhaupt gar keiner mehr. Vielleicht kann es die Kirche selber noch versuchen, aber von der politischen Seite, wo man recht resigniert ist und aufgegeben hat, sehe ich zumindest nicht, dass hier aktiv von Seiten Deutschlands oder von der EU wirklich versucht wird, diesen Menschen an irgendeiner Weise zu helfen oder wenigstens in Kontakt zu kommen.

Die Frage stellt sich natürlich, inwieweit können wir? Zunächst mal ist es so, dass alle diese typisch Verdächtigen, die Christen verfolgen und andere Religionsminderheiten, auch natürlich die Staaten sind, die alle Rechtsstaatsproblematiken haben. Das ist davor auch angesprochen worden und dem kann man eigentlich nur zustimmen. Deshalb ist natürlich die Frage, dass, wenn wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit Kooperation suchen, wir natürlich die Frage der Rechtsstaatlichkeit stellen müssen. In Zukunft noch mehr und natürlich die Frage der Religionsfreiheit. Wie kann sie ausgeübt werden? Und ich befasse mich relativ viel im Auswärtigen Ausschuss mit China. Dort sind es nicht nur die Christen, die verfolgt werden, sondern eben sehr viele andere Religionsminderheiten auch. Vor allem auch die Tibeter.

Da sehe ich, dass nach außen hin Tücher über die Sache drüber gehängt werden. Die tibetischen Klöster sind ja alle wunderbar und die können ja alle ihre Religion ausüben. Tatsächlich passiert aber genau das Gegenteil, nämlich, dass diese Religion dort ausgerottet wird. Oder es wird versucht, seiner eigenen Bevölkerung zu suggerieren, dass man ja hier die religiöse Vielfalt hat.

Aber um noch mal darauf zurückzukommen, ich denke schon, dass es wichtig ist, dass wir Entwicklungszusammenarbeit eng damit koppeln, um auf Religionsfreiheit hinzuweisen. Ich meine, wir müssen uns gewisse Standards selber setzen. Es gibt ohne Frage Situationen, wo man sagt, wir müssen Entwicklungshilfe leisten, egal was da jetzt religiös oder politisch läuft. Es muss einfach humanitäre Hilfe stattfinden. Aber langfristige Projekte, würde ich mal so sagen, könnten wir vielleicht schon an Rechtsstaatlichkeit und vielleicht auch Ausübung von Religionsfreiheit koppeln.

Was jetzt Nordkorea betrifft, da scheint mir irgendwie völlig die Ratlosigkeit zu herrschen. Es geht da irgendwie voran. Ich frage mich, ob es da eigentlich irgendeinen Lichtblick gibt. Das hat mich ja schon gewundert, dass Sie diesen Namen als katholisches Krankenhaus überhaupt auch führen dürfen. Es hat mich erstaunt. Aber es ist natürlich – vielleicht haben Sie es auch übersehen, ich weiß es nicht - aber es ist tatsächlich ganz schwierig, an die Menschen dort ranzukommen.

Was die Türkei betrifft, da ist es für mich ganz wichtig, dass dieser sog. Art 301 gestrichen werden sollte, was auch über eine EU-Mitgliedschaft entscheidet. Das ist dieser „Uni-Paragraph“, kann man sagen, alles was irgendwie gegen die Türkei oder gegen den Islam verwendet werden kann. Hier, glaube ich, kann auch die Bundesregierung sich das leisten, indem sie den Druck aufrecht erhält und sagt, das muss aufgearbeitet werden, das ist ganz wichtig.

Was ich auch erst in der Vorbereitung gelernt habe, bei China, diese Geschichte mit den inhaftierten römisch-katholischen Bischöfen und Priestern, es wurde ja vorher bereits kurz angesprochen. Die Frage ist, was können wir tun? Wie können wir von Seiten Deutschlands auch den Druck erhöhen. Nun ist ja China sehr bemüht, wirtschaftlich zu kooperieren mit uns, aber auch umgekehrt noch sehr viel mehr. Europa möchte wirtschaftlich sehr eng mit China zusammenarbeiten. Ich habe gemerkt, dass es in Sachen Militär-Rüstungszusammenarbeit nicht so weit gekommen ist, dass man sagt, man muss das EU-Waffen-Embargo mit China kippen, weil man ja enger zusammenarbeiten möchte. Hier standen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte noch im Vordergrund, aber ich glaube, man wird bei China auch etwas nachlässiger. Das ist wieder ein Beispiel, dass man auch wieder sagt: China, ihr müsst euren eigenen Laden erst einmal in Ordnung bringen, bevor wir noch enger zusammenarbeiten. Aber wir haben ja immer diesen Konflikt zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit

und natürlich auch Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsverletzung und das wird auch uns noch lange begleiten. China möchte sich aber dem Westen in irgendeiner Weise etwas öffnen. Ich glaube das ist etwas, wo wir noch viel strengere und höhere Maßstäbe ansetzen müssen. Aber die Gefahr besteht in der Politik, dass es auch etwas verwässert wird.

**Abg. Prof. Monika Grütters, CDU/CSU:** Es ist kurz angekommen, dass mein Bruder im Sudan arbeitet als Freiwilliger bei den Jesuiten. Ich habe in dem Zusammenhang nur zwei Fragen. Nämlich, es ist bekannt, dass es muslimische Reitermilizen waren, die dort über 21 Jahren hinweg in einem brutalen Bürgerkrieg hinweg Christen abgeschlachtet haben buchstäblich und da hat die Weltgemeinschaft weggeguckt. Das haben wir ja alles 21 Jahre lang gewusst, nicht zwei, auch nicht fünf, 21 Jahre lang!

Und jetzt ist die Frage: Ich bin da gewesen, es sind 36 NGOs von den Vereinten Nationen da, unter Leitung einer Italienerin im Süden des Sudan und alle anderen sind ausschließlich die christlichen Kirchen. Aufbauhilfe wird wirklich fast ausschließlich durch christliche Ordensleute geleistet. Und das ist so phänomenal. Das geht ja in ein Vielfaches, in ein Engagement, das ist wirklich praktizierte Nächstenliebe. Das ist, glaube ich, in der Welt so gut wie gar nicht bekannt. Mir ist das aufgefallen, weil das einen konkreten Kontakt gab. Aber in wie viel größeren Umfang es tatsächlich die christlichen Kirchen sind, die an der Basis sind oder da wo es wirklich um humanitäre Hilfe geht, dass das viel weniger staatliche Leistungen als in solchem Umfang dann vor allem kirchliche sind, das finde ich, müssten wir viel mehr noch kommunizieren.

Und ich hab in dem Zusammenhang zwei Fragen an Pater Karl und an Notker Wolf: Wie groß ist eigentlich die Bereitschaft von Ordensleuten, in Länder zu gehen, in denen ihr Leben nach wie vor doch auch bedroht ist? Jetzt nicht nur, weil es gerade wieder so eine demonstrative Ermordung einer Ordensfrau gegeben hat. Das würden ja doch nur Einzelfälle sein. Aber diese latente Gefahrenlage ist ja da und wie gesagt, da trauen sich nicht einmal die Staaten, ihre Soldaten hinzuschicken, aber Christenmenschen gehen hin und helfen. Wie wird das reflektiert und hat das Auswirkungen auf die Bereitschaft?

In dem Zusammenhang auch die Frage, ob Sie überhaupt Erkenntnisse darüber haben, wie viele Ordensleute oder Christen denn tatsächlich auch Opfer von Gewalt werden und auch von Vertreibung. Das muss man auch sagen, auch im Nahen Osten sind ja Christen in großer Zahl geflohen. Gibt es da Zahlen? Dann wüsste ich die gern.

Ich habe noch eine Frage. Sie, Herr Schirrmacher, haben eben diesen Zusammenhang von Christenleben in den Ländern, in denen die Freiheit dann auch am größten ist, angesprochen. Das bedeutet ja, dass das christliche Menschenbild offensichtlich

mit der Grund dafür ist, dass wir in stabilen Demokratien leben. Da scheint es ja einen logischen Zusammenhang zu geben. Wird das eigentlich in der offiziellen Diplomatie erwähnt, dieser Zusammenhang? Ist das so offensichtlich, wie wir ja erstaunt waren, wenn wir solche Zahlen hören? Wird das eigentlich vernünftig kommuniziert? Oder könnte man da nicht noch mehr tun?

Ich sage das auch selbstkritisch, es wäre ja auch die Aufgabe von Parlamentariern, solche Zusammenhänge herauszustellen.

Und dann umgekehrt eine Frage auch an Prälat Jüsten. Ich meine, der Zusammenhang von kommunistischen Diktaturen und der nicht nur eingeschränkten Möglichkeit, Religion auszuüben, sondern dem regelrechten Verbot, das erleben wir ja. Das meine ich nicht polemisch. Aber es ist ja Tatsache, hier in Berlin leben wir auch in der Diaspora. Christen sind ja hier in einer deutlichen Minderheit. Das heißt nicht, dass alle anderen Religionsgemeinschaften größere Zahlen hätten, aber zumindest ist das ja hier Diaspora. Wenn man bedenkt, dass der Staat nicht einmal die Wahl zum Religionsunterricht möglich macht, finde ich das auch dramatisch. Und wir tun hier so, als ob es uns wunderbar ginge. Und als Sie eben gesagt haben, es geht uns ja hier sehr gut, ich finde das z.B. bedrohlich und kann mich damit nicht gut abfinden. Und insofern finde ich, ist das immer eine Frage der Perspektive, wie man solche Phänomene bewertet.

Eine Frage noch an das Auswärtige Amt: Inwieweit beziehen Sie gezielt die nicht-staatlichen Organisationen mit in Ihre Politik ein? Wie zum Beispiel politische Stiftungen, die ja von der Bundesrepublik mitfinanziert werden, oder den Deutschen Entwicklungsdienst, das Technische Hilfswerk. Also, da passiert ja in der Summe mehr als nur die offizielle staatliche Aktion.

**Abg. Dr. Uschi Eid, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Frau Grütters, wenn man Absolventin einer katholischen Klosterschule ist, dann müsste man allerdings sehr gut wissen, dass es auf der ganzen Welt christliche Schulen gibt – ich komme aus einer solchen Mädchenschule, ich bin allerdings evangelisch. Mein Orden, bei dem ich erzogen wurde, der hatte in der ganzen Welt Mädchenschulen und zwar schon in den 60er Jahren. Insofern ist das ja kein neues Phänomen und das christliche Initiativen in diesen Ländern auch dort, wo es ganz schwierig ist, aktiv sind. Also das hat wirklich lange Tradition.

Ich muss noch Mal ein Wort zum Kollegen sagen. Ich meine, es sagt sich so leicht, die Bundesregierung soll doch mal. Tun wir doch nicht so, denn das klingt so, als hätte sie das bisher nicht gemacht. Und da, meine ich, müssen wir auch vorsichtig sein bei der Formulierung solcher Anforderungen an die Bundesregierung, weil man nämlich damit die Signale sendet, dass das jetzt eine neue Idee ist.

Wir haben ja, und da bin ich überzeugt, dass das auch ein FDP-Außenminister mit einem CDU- oder CSU-Entwicklungsminister immer wieder eingefordert hat, dass nämlich Rechtsstaatlichkeit mit der Respektierung der Menschenrechte, dass das immer ganz oben auf der Agenda war. Ich möchte nur dafür werben, nicht so locker mal zu sagen, ihr müsst das aber machen. Weil das nämlich ein schlechtes Bild auf die vorangegangenen politischen Aktivitäten wirft.

Ich habe eine Frage ans Auswärtige Amt: Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam. Also die steckt mir, seit ich davon gelernt habe, wie ein Brocken in der Kehle, weil nämlich diese Kairoer Erklärung der Menschenrechte wirklich nicht im Einklang steht mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, weil diese nämlich sagt, dass nur diejenigen anerkannt sind, die im Einklang mit der Scharia stehen. Und da sind meine Bitte und meine Aufforderung an die Bundesregierung - ich habe nämlich davon bisher noch nichts gehört, dass dies ein Teil des kritischen Dialogs ist; ich glaube, das sind 81 Staaten, ich weiß nicht mehr genau, wie viele es sind -, einen kritischen Dialog mit den Unterzeichnern dieser Kairoer Erklärung zu führen. Ich weiß, sie wurde nie auf einem Gipfel verabschiedet, aber sie wurde von den Außenministern der jeweiligen Länder unterschrieben und ich finde, da muss man wirklich mal ran an diese Sache, weil ich das für nicht akzeptabel halte.

Herr Dr. Wolf, Sie sagten, dass im Iran die Religion relativ frei ausgeübt werden kann. Nun habe ich mich in der Vorbereitung zum heutigen Tag mal ein bisschen umgesehen und es gibt ja, was ich auch nicht wusste, einen Weltverfolgungsindex. Dieser Weltverfolgungsindex vom Jahr 2006, der platziert den Iran allerdings auf Platz drei. Und dann die ersten zehn auf der Liste ausgewiesenen Länder, die werden dann etwas näher beschrieben und da ist über den Iran, im Gegensatz zu dem, was Sie berichtet haben, überhaupt nichts Freundliches geschrieben, sondern, dass sich die Religionsfreiheit für Christen mit dem Sieg der Konservativen Partei 2004 massiv verschlechtert. Sogar dass ein Christ, ein Hausgemeindepastor, im November 2005 ermordet worden ist. Das heißt, da setzt seit 2004 eine massive Unterdrückung der Christen im Iran ein. Diese Widersprüchlichkeit, die ich da rausgehört habe, die würde ich ganz gerne noch aufgeklärt sehen.

Drittens. Ich habe selber in Eritrea drei Jahre gearbeitet und gelebt, wo erste Informationen an mein Ohr drangen, dass Zeugen Jehovas verfolgt werden. Und ich bin der Frage nachgegangen, weil ich natürlich immer ganz massiv gesagt habe, das kann nicht angehen. Das für mich Schockierende war allerdings, dass sie nicht wegen ihres Glaubens verfolgt wurden, sondern dass sie deswegen verfolgt wurden, weil sie den Kriegsdienst verweigert haben. Und das, was mich eigentlich schockiert hat, war, dass die ganze Bevölkerung dahinter stand. Weil alle sagten, wir haben einen zwanzig- bis dreißigjährigen Befreiungskampf geführt, haben unsere Töchter

und unsere Söhne in den Krieg geschickt, um unabhängig zu werden von Äthiopien und da kommt eine neue Generation, die sich weigert, unsere vermeintlich bedrohte Unabhängigkeit von Äthiopien zu verteidigen.

Also das war für mich eine ganz schwierige Situation. Und da ist für mich die Frage, wie geht man damit um? Also, Religionsunfreiheit ist, glaube ich, auch unterschiedlich motiviert in unterschiedlichen Ländern. Ich sage nicht, dass ich das akzeptieren würde. Überhaupt nicht. Aber ich merke, dass ich bei den Menschen, mit denen ich das besprochen habe, also bei Intellektuellen, überhaupt nicht auf Verständnis gestoßen bin, als ich sagte, das kann man nicht machen, dass man Zeugen Jehovas deswegen ins Gefängnis bringt.

St. Egidio. Ich habe selber als Staatssekretärin ganz eng mit St. Egidio zusammengearbeitet, ich habe die auch in Rom besucht. Und ich habe gegen den Widerstand dafür gesorgt, dass z.B. in Mosambik St. Egidio nach einer sehr erfolgreichen, wirklichen ganz intensiven und nachhaltigen Friedensfindung auch angefangen hat, dort Projekte zu machen. Also das, Herr Wimmer, was Sie sagen, schockiert mich sehr, wenn es in der Tat Regionen in dieser Welt gibt, wo die Aktivitäten von St. Egidio unterminiert, also auch behindert werden. Ja, ich kann nur sagen, da, wo wir konnten, haben wir St. Egidio in diesen Aktivitäten unterstützt.

Vierter Punkt, Jemen. Auf dem Unfreiheitsindex steht Jemen auf Platz Acht. Das verstehe ich nicht. Mit Jemen haben wir die intensivsten und längsten Kontakte in der Entwicklungskooperation. Wieso ein Land wie Jemen Christen verfolgt, begreife ich nicht. Da sind Entwicklungsexperten seit über 30, 40 Jahren. Wir sind dort. Es ist ein Schwerpunktland unserer Entwicklungskooperation. Beim Karikaturenstreit waren im Jemen die größten Demonstrationen. Und jetzt sehe ich auch, dass da Christen verfolgt werden in diesem Land. Da gebe ich Ihnen Recht. Wenn dieses so ist, muss das auf jeden Fall bei der nächsten bilateralen Konsultation in Jemen auf die Tagesordnung. Das können wir so nicht akzeptieren.

**Abg. Monika Griefahn, SPD:** Da schon viele Fragen gestellt worden sind, will ich es nur ganz kurz machen. Ich habe eigentlich nur eine grundsätzliche Frage, wenn ich meine Arbeit in der IPU betrachte. Da ist ja nun der Großteil der Länder eben nicht demokratisch organisiert. Und das haben wir heute auch von mehreren der Referenten, dass natürlich die Freiheit der Religion und Ausübung auch etwas mit der Freiheit und der Demokratie zu tun hat. Und ist das nicht das, was wir sozusagen vorrangig vorantragen müssen? Das ist alles beklagenswert, aber die Frage ist die Schwerpunktsetzung. Vielleicht kann das immer mal eingeflochten werden in Antworten.

Die Schwerpunktsetzung für mich ist eigentlich die Demokratiebildung, weil die automatisch Pressefreiheit, Gleichheit von Frau und Mann, Ausdrucksfreiheit und damit eben auch Religionsfreiheit garantiert. Und ich habe immer verstanden, dass unsere Auswärtige Politik genau dieses Ziel hat. Diese Punkte immer wieder in unseren Dialogen mit der Politik in den anderen Ländern, das ist eine Grundlage, die uns voranbringt.

Sehen Sie das als die richtige Strategie an, oder meinen Sie, man müsste das sozusagen herausgelöst, einzeln oder anders betrachten? Also ich glaube, dass der Zusammenhang sehr eng ist. Und wenn ich mir die Länder betrachte, mit denen ich jeweils immer zu tun habe, dann empfinde ich das auch immer. Die Dialogfähigkeit ist eben auch immer so, wie totalitär das Regime ist.

**Pater Karl Hoffmann:** Weil das auch gerade so gesagt oder gefragt worden ist, ich habe das noch in einer amerikanischen Untersuchung hier gefunden. Pro Jahr werden über 150.000 Christen ermordet. Damit man die Zahl auch mal weiß. Und das Zweite ist, wie die Ordensleute heute so zusammengestellt sind. Sie müssen ja bedenken, dass die westliche Welt weniger Ordensleute hat, als jetzt die südliche Halbkugel. Es verlagert sich also und wir können als internationale Gemeinschaft natürlich weltweit versetzen: Das heißt, es stehen immer Ordensleute zur Verfügung. Sie kommen nur aus anderen Ländern, von Sri Lanka nach Indien, Afrika.

**Abg. Monika Griefahn, SPD:** Ich hatte noch eine Frage. Ob diese gefährliche Situation in einzelnen Ländern Auswirkungen auf die Bereitschaft der Ordensleute hat, dahinzugehen?

**Pater Karl Hoffmann:** Nein. Das kann ich eindeutig sagen. Sie sind immer wieder bereit, auch loszuziehen, wohl wissend, was für Gefahren auf sie lauern.

**Prof. Dr. Thomas Schirmmayer:** Einmal die Frage, was kann man tun. Ich denke, und das hat auch mit dieser Frage Demokratie zu tun, bei den Ländern wie Nordkorea und Iran wird man vermutlich nichts machen können. Wir haben aber eine ganze Reihe sehr großer Länder, beispielsweise Indien, Indonesien, Türkei, die offiziell demokratische Strukturen haben, aber sehr gefährdet sind, gerade bei dieser Thematik. Und da würde ich sagen, die reine Tatsache, dass der Bundestag sich damit beschäftigt, dass es hier eine Kleine Anfrage zur Türkei gibt, kann da Kräfteverhältnisse verschieben. Weil diese Regierungen dauernd gucken, etwa den Islamisten gegenüber, wie viel müssen wir nachgeben, wo verlieren wir am meisten. Und wenn die wissen, dass man sich andernorts damit beschäftigt und die Gefahr besteht, dass das da auch Konsequenzen hat, ist das zumindest ein Gegengewicht. Für mich ist eigentlich das Ziel zunächst, dass, ähnlich wie bei Folter, die Frage der Religionsfreiheit selbstverständlich mitläuft. Dass sie nicht etwa ein Extrathema ist, was man

dann mal besonders aufmachen muss, sondern dass das einfach selbstverständlich mitläuft. Zu einer offenen Gesellschaft gehört Gewissensfreiheit und Gewissensfreiheit ist eben auch immer Religionsfreiheit. Das spielt in vielen Ländern einfach schon eine ganz große Rolle. Von Ägypten weiß ich, da braucht man nur vor der ägyptischen Botschaft zu demonstrieren, dann sind da oft schon wieder Leute frei, weil die da ganz nervös werden, dass die westlichen Staaten das wissen. Die versuchen immer, dass keiner weiß, wo die Gefangenen überhaupt sind und dass die gefangen sind. Oft, wenn man nur die Namen rauskriegt und demonstriert, dann bewegt sich schon was.

Und deswegen auch zur Frage Demokratie, ich denke, das wäre der erste Ansatzpunkt, Länder wie die Türkei etwa, die enorm darauf reagieren, ob sie das Ganze unter den Teppich kehren können, oder ob es Konsequenzen hat.

Und ein Letztes hier zu dieser Sache mit den Kirchen: Gerade da wo es Probleme gibt, dass kirchlicherseits oder von Politikern, die sich wieder nur bestimmten Kirchen verpflichtet fühlen, solche Sachen unterlaufen werden, werden sie das nur überwinden können, wenn sie wieder die Kirchen einschalten. Also wenn ich gerade die angelsächsische Welt nehme, wo es ja nun sehr oft evangelikale Christen sind, die etwa dem Vatikan gegenüber Berührungspunkte haben, da ist es so, dass diejenigen, die Einfluss darauf haben, im Regelfalle deren Gesinnungsgenossen, auf unserer Seite sind, die religiös gewissermaßen mit ihnen verbunden sind, aber vom kulturellen Selbstverständnis her mit Europa verbunden sind. Und da muss man das irgendwie einschalten.

Da, wo man noch eine Möglichkeit hat, dagegen anzugehen, dass, wenn man eben wieder kirchliche Vertreter einschaltet, und denen sagt, macht ihr mal eure Hausaufgaben, das wird man von Politiker zu Politiker kaum erreichen.

**Pastorin Maren von der Heyde:** Ja, vielen Dank. Ich war z.B. vor zwei Jahren sehr dankbar, in der Vorbereitung der Delegation des Rates der EKD nach China, dass ich ein Buch von Prof. Schirrmacher hatte, in Bezug auf China. Und zwar gerade weil es dieses Spektrum der evangelikalen Gruppen auch mit einbezieht ins Gespräch. Und das ist tatsächlich – ich kann nur für die evangelische Seite sprechen – eines der wichtigsten Dinge. Der Mainstream, den ich jetzt hier vertrete, ist zunehmend eine Minderheit. Weltweit wachsen die Bewegungen auch weit weg noch von dem, was wir hier als evangelische oder als christliche Gruppen kennen. Wir müssen tatsächlich – und das ist eine der Hauptaufgaben der Ökumene oder des Evangelischen Missionswerks in Deutschland als Dachverband – immer wieder offen sein für alle Gruppierungen, um damit modellhaft zu versuchen, Räume zu öffnen für den Dialog. Denn das ist, glaube ich, eines der wesentlichen Dinge, wo auch immer wir

uns hinbewegen, die wir weitertragen können, wo wir auch geprüft werden. Ob es uns tatsächlich selber gelingt, alle ins Gespräch zu bringen, immer wieder uns auch selber damit in Frage zu stellen, oder zu fragen, ob wir denn tatsächlich dialogfähig sind.

Das hat auch was mit unserer Fähigkeit zu tun oder der Frage, wie wir auftreten. In Bezug auf China ist es tatsächlich die Frage, wie wir Dialogfähigkeit weiter tragen können, wenn wir denn, was ja leicht passiert, anfangen zu dozieren. Oder ob es uns gelingt, auch tatsächlich die Fragen, die ernsthaften Fragen der Gesprächspartner, auch von fürchterlich eingefahrenen Kommunisten, aber wenn sie ins Gespräch kommen, denn auch ernst zu nehmen und Räume zu öffnen. Und selber auch die Defizite, die Sie ja selber auch beschrieben haben, auch ins Gespräch bringen. Also wir sind immer auch ein bisschen selbst gefragt, die Dialogfähigkeit, die wir unterstützen wollen, mitzubringen.

Und darum noch einmal: Ich finde es ganz toll, dass Sie hier so eine Runde eröffnen. Es gäbe eine Menge mehr an Lernmöglichkeiten gegenseitig und Anknüpfungsmöglichkeiten, gerade im Bereich des riesigen Spektrums von Begegnungen, die weltweit von Seiten der Kirchen organisiert werden.

**Der Vorsitzende:** Danke. Wir haben Ihnen ja zur Information aller Beteiligten aktuelle Drucksachen aus der Arbeit des Deutschen Bundestages und Anfragen, Antworten der Ministerien dazu hier ausgegeben. Die aktuellste, habe ich festgestellt, die fehlt, ist von letzter Woche. Alles soll Ihnen ja zeigen, wie intensiv der Deutsche Bundestag und zwar in allen Fraktionen, sich dieser Sache annimmt. Herr Prälat Jüsten.

**Dr. Karl Jüsten:** Was können wir Kirchen tun? Vielleicht konzentriere ich mich hier auf diese Frage, da ich sie ja auch so stark eingebracht habe. Also das erste ist einmal: Arbeit. Einmal im Inland, hier bei uns. Da kann ich auch sehr gut anknüpfen, an das, Herr Wimmer, was Sie gesagt haben und auch Frau Grütters.

Ich glaube schon, dass die Kirchen in Deutschland die Trägerinnen dieser Themen sind. Wir haben zwar auch sehr viele andere Organisationen, die sich darum kümmern, auch im NGO-Bereich. Aber ohne jetzt überheblich zu sein, sie haben nicht die Durchschlagskraft, wie sie die Kirchen haben. Ich glaube, wenn der Ratsvorsitzende der EKD oder der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz oder unsere Repräsentanten sich zu diesen Themen äußern, hat das natürlich ein anderes Gewicht, als wenn das kleinere Organisationen machen, das muss man auch ganz klar sehen. Und da, denke ich, dürfen wir dankbar sein, dass die Kirchen sich da auch so eindeutig äußern. Manchmal auch nicht zum Gefallen der Politik, denn das ist auch nicht immer willkommen, das passt dann nicht immer in die politische Strömung rein. Aber

gut, das hält man seit 2.000 Jahren aus, das kann man noch ein paar Jahre länger aushalten. Also das gehört dann eben auch dazu, auch wenn dann die großen Fraktionen im Bundestag, manchmal auch die kleineren, das dann nicht so schön finden.

Das betrifft auch die Arbeit im Ausland selber. Pater Karl hat ja auch schon darauf hingewiesen, dass es natürlich auch ganz wichtig ist, dass wir starke Gemeinschaften vor Ort haben, die auch unsere Solidarität erfahren. Dank des Internets haben wir natürlich da oftmals viel bessere Kommunikationsmöglichkeiten, können viel schneller auch vielen Erfahrungen bringen, weil wenn irgendwo der Schuh drückt – es ist ja auch wirklich so, da sind wir den einzelnen Mitgliedern des Deutschen Bundestages auch wirklich dankbar – wenn wir da noch Einzelfälle haben, die dann auch wirklich sehr dramatisch sind, dann finden wir ja oftmals bei Ihnen ein offenes Ohr und da, glaube ich, ist es ganz gut, wenn man da so zusammenspielt, wenn man da dann auch – im Auswärtigen Amt haben wir es eigentlich auch und bei den anderen Ministerien - so ein offenes Ohr findet, ist das manchmal auch hilfreich, in konkreten Situationen, in Einzelfällen zu helfen. Das sollte man, glaube ich, auch nicht außer Acht lassen.

Aber damit ist es nicht getan. Damit komme ich nochmal zu Ihren Ausführungen zu der Differenz von Entwicklungszusammenarbeit, von humanitärer Hilfe und Auswärtigem Amt. Die verschiedenen Aufgabenstellungen, die sich, glaube ich, daraus ergeben. Das musste ich ja auch erst lernen in meiner Funktion. Weil man ja immer denkt, das würde alles mit Auswärtiger Politik zusammenhängen und hat damit die gleichen Fragestellungen. Das sind sie aber nicht. Ich glaube, humanitäre Hilfe zu leisten, ist immer ein Gebot der Nächstenliebe und der jeweiligen Stunde. Wenn ich sehe, dass Massen in Nordkorea verhungern, dann tut es mir leid, dann will ich nicht diesen furchtbaren Diktator unterstützen, aber will ich den Menschen da helfen. Da gucke ich auch nicht dahin, ob eine Regierung korrupt ist und ob das Schurken sind, sondern dann sehe ich einfach die Not der Menschen. Und ich glaube, es hat sich bewährt, dass wir dieses so beibehalten.

Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass es auch ein Unterschied eben genau in der Entwicklungszusammenarbeit und der Auswärtigen Politik gibt. Natürlich hat die Auswärtige Politik manchmal mehr strategische Interessen als die Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb haben wir auch zwei unterschiedliche Ressorts. Das ist eine Stärke Deutschlands übrigens, dass wir das in zwei unterschiedlichen Ressorts haben. In der Entwicklungszusammenarbeit werden die Themen nachhaltig in einer anderen Intensität auch mit einer anderen Sicht betrieben als sie im Auswärtigen Amt betrieben werden können. Beides hat seinen eigenen Wert. Und die Kirchen sind auch nicht müde, das immer wieder herauszustreichen, gerade wenn von der einen oder anderen Fraktion schon mal der Wunsch geäußert wird, das Bundesministerium

vielleicht dann aufzugeben und auf irgendwelche anderen Häuser zu verteilen. Also da treten wir sehr dafür ein, dass dieses unterschiedliche Gewicht bleibt. Es hat sich meines Erachtens bewährt.

Zur Ökumene. Sie haben vollkommen Recht, die Erfahrung machen wir auch. Witzigerweise sind das dann die gleichen Gruppen, die uns dann vehement unterstützen, wenn es um die Frage der Abtreibung geht oder dann beim Embryonenschutz, thematisch immer kreuz und quer durcheinander, je nach dem, wer die Bündnispartner sind. Aber ganz wichtig ist, und das kann ich für unsere Arbeit hier in Berlin nur bestätigen, dass Ökumene sich nicht nur auf die theologischen Fragen beschränken darf, sondern – ganz wichtig! – in diesen Bereichen ausweiten. Und was wir da tun können, tun wir. Danke schön.

**Abtprimas Dr. Notker Wolf:** Ja. Ich würde bei der Demokratiebildung anfangen. Ich glaube, das ist enorm wichtig, weil dann die Religion den besten Boden hat, um sich entfalten zu können. Allerdings, Voraussetzung für Demokratie ist Bildung überhaupt. Und ich glaube, da müssen wir als erstes ansetzen. Ständig wird den Kirchen unterstellt, sie könnten nie eine objektive Bildung vermitteln. Und dabei sind die Kirchen die stärksten und größten Schulträger, rund um den Globus, wenn wir unsere Orden anschauen.

Den Blick auf den Islam noch einmal. Es ist erstaunlich, die Moslems, die einzelnen Richtungen, können sich gegenseitig bekämpfen wie die Bürstenbinder. Aber sie haben ein Grundsolidaritätsgefühl. Und wenn man daran tastet, dann brausen sie alle gemeinsam auf. Bei uns Christen ist das bei weitem nicht so, bei uns im Westen überhaupt nicht; zum Teil auch Gott sei dank nicht. Aber es fehlt uns ein Stück Solidarität.

Vielleicht noch eine Sache, weil das angesprochen wurde, die Hilflosigkeit. Das ist ein ganz konkreter Fall. Ich bin von den Nordkoreanern gebeten worden, ein Krankenhaus in Pjöngjang zu übernehmen und das zu einem Kinderkrankenhaus umzufunktionieren. Ich werde es nicht tun, weil ich die Gelder nicht dafür habe. Und die erwarte ich nämlich nicht von unserem Staat. Es wird viel zu kompliziert und zu schwierig. Ich weiß, wie viel Prügel ich bekommen habe von unseren staatlichen Stellen. Auch zum Teil von den kirchlichen. Da müssen die Orden auch immer wieder als Pioniere selber voran. Aber ich möchte trotzdem sagen, was wir stärker brauchen in diesem Fall. Dass wir sagen, wir sind auch westliche Menschen; wir werden verschrien. Ich glaube, wir haben sehr viele positive Werte und sollten das auch solidarisch vertreten. Und durchaus sagen: Liebe Leute, das ist bei uns im Christentum so, ob ihr wollt oder nicht. Die Chinesen weisen uns drauf hin, dass unsere Menschenrechtsvorstellungen vom Christentum herkommen. Sie hätten vom Konfuzianismus

andere Vorstellungen. Und ich glaube, wir dürfen das durchaus vertreten, es geht letzten Endes um eine Anthropologie, die dem Menschen gerecht wird.

Darf ich noch schöne Grüße an Vincenzo Paldia mitnehmen, dem Bischof, einem der Gründer von St. Egidio, weil ich mit dem morgen Nachmittag zusammensitzen werde?

**Der Vorsitzende:** Selbstverständlich! Zum Reiseprogramm dieses Unterausschusses gehört auch, dass wir in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft noch einmal in Rom sein werden, Herr Abtprimas. Und da möchten wir uns schon bei Ihnen melden dürfen und wir kriegen bestimmt auch ein Glas Wasser, was uns besonders freuen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen, wir haben unsere nächste Sitzung, die 10. Sitzung, am 15. Januar 2007.

Es sind auch hier noch offene Fragen an das Auswärtige Amt, dem ich nochmals danke, dass es bei dieser Sitzung aktiv mitgewirkt hat. Das, was wir heute gehört und beraten haben, dient nicht zuletzt unserer Regierung dazu, Bedenken und Anregungen mit zu nehmen für die Politikfindung der Bundesregierung und für die Definition des öffentlichen Interesses der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind in der nächsten Sitzung ohnehin unter uns, führen keine Anhörung durch und haben auf der Tagesordnung den Bericht der Bundesregierung zur Frage, welchen Stellenwert die Bundesrepublik während der EU-Ratspräsidentschaft der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik geben will.

Frau Krüger-Leißner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Frage des deutschen Einsatzes für die Religionsfreiheit letzten Endes auch ein Teil unserer Menschenrechtspolitik ist und auch ein Teil unserer kulturellen Darstellung. Ich bitte das Auswärtige Amt als erste Konsequenzen aus dem, was wir heute gehört haben, bei unserer Sitzung am 15. Januar zu der heutigen Anhörung Stellung zu nehmen und auch die noch nicht beantworteten Fragen und Anregungen an die deutsche Politik zu behandeln. Ich danke Ihnen, Herrn Ney, jetzt schon.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dass Sie zu uns hier nach Berlin in den Reichstag gekommen sind, wünsche Ihnen einen guten Heimweg und danke Ihnen.

Über das, was Sie heute gesagt haben, wird ein Wortprotokoll erstellt.

Dr. Peter Gauweiler, MdB

**Vorsitzende**